



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 10
5. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
preisliste S. 366) erbitten. In Sonderfällen erfolgt Zufendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11,
Königsgräber Str. 44. Fernspr.-Anschl.: Amt Köpen 3244. — Bezugspreis monatlich: 30 Goldpfennig. — Alle
Zahlungen auf Postkonten Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G, Berlin SW. 47,
Beile-Allee-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbitten.

25. Juni
1924

Zerrissene Masken.

Die französische Schulpolitik an der Saar ist in ein eigenartiges Licht gerückt worden durch Vorgänge, wie sie in der vorletzten und letzten Sitzung des Landesrats zur Sprache gekommen sind. In diesen Sitzungen ist durch den sozialdemokratischen Landesratsabgeordneten Lehrer Bernhard Schneider auf Grund bisher nicht widerlegten Aktenmaterials nachgewiesen worden, daß die Schulabteilung der Regierungskommission unter verantwortlicher Leitung der Herren Notton und Colling ein Verwaltungsverfahren eingeschlagen hat, das offenbar darauf gerichtet ist, das gesamte Schulwesen im Saargebiet auch in seiner kleinsten Gliederung in ihre Hand zu bekommen, also eine Kontrolle auch über die internsten Schulangelegenheiten einzurichten und ihm so in zunehmendem Maße seinen Geist einzupumpfen. Wenn es sich darum handelte, eine einwandfreie Kontrolltätigkeit zur Durchführung der Bestimmungen des Saarstatuts auszuüben, so könnte man diese Absicht verstehen und wohl auch gutheißen. Dennoch müßte dabei berücksichtigt werden, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden dadurch nicht angetastet wird und daß ihre Schulverwaltungsrechte keine Verkümmern erfahren. Immer vorausgesetzt, daß oberster Grundsatz und Leitgedanke hierbei die Achtung vor den vertraglichen Bestimmungen wäre.

Aber leider liegen die Dinge anders. Der Abgeordnete B. Schneider hat in der Landesratsitzung vom 19. Mai darauf hingewiesen, daß die Hauptschuld an der fortschreitenden Franzöisierung der deutschen Schule und an der zunehmenden Ausdehnung der französischen Schule nicht in erster Linie der bisherige Kultusminister Graf von Moltke-Huttenfeld trägt, sondern daß die beängstigenden Erscheinungen fortschreitender Franzöisierung des saarländischen Schulwesens in der verhängnisvollen Tätigkeit der Schulabteilung zu suchen sind. Umso beschämender und und niederdrückender ist diese Tatsache, als die leitenden Männer dieser Schulabteilung eben die genannten Herren Notton und Colling, also Deutsche, sind.

Es ist nicht unsere Aufgabe, einer sich anscheinend abahnenden Aufklärung über das ganze System Notton-Collingscher Schulpolitik vorzugreifen. Erst müssen die politischen Parteien des Saargebiets hierin eine Atmosphäre schaffen, die die Behandlung dieser Frage loslöst von jeder parteipolitischen Einseitigkeit oder Engherzigkeit. Eines aber darf und muß schon heute gesagt werden: die Herren Notton und Colling haben das Vertrauen, das ihnen bisher ohne Voreingenommenheit von den politischen Parteien und von der

Bevölkerung des Saargebiets entgegengebracht wurde, in größtmöglicher Weise mißbraucht. Es zeugt nicht von einem guten Gewissen, wenn die Herren Notton und Colling das von den Herren Schneider und Martin zur Kenntnis gebrachte Material dadurch unwirksam zu machen versuchen, daß sie die Ankläger durch Disziplinarverfahren gegen sie mundtot zu machen versuchen. Ein gewissenhafter und seiner guten Sache gewisser preussischer, bayerischer, also deutscher Beamter würde die einzig mögliche Konsequenz gezogen und gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt haben. Herr Notton sowenig wie Herr Colling haben das getan, sondern anscheinend versucht, durch einseitige Berichtserstattung den jetzigen Kultusminister Don Carlos Espinosa de los Monteros gegen die Abgeordneten und die Parteien des Landesrats einzunehmen. Wenn die Herren Notton und Colling hierzu das Recht herleiten aus den eigenartigen Verhältnissen, die die Regierungskommission des Saargebiets durch ein autokratisches Verwaltungssystem und durch Rechtlosmachung des Landesrats geschaffen haben, so ist es vielleicht doch an der Zeit, die Herren daran zu erinnern, daß sie augenblicklich zwar Beamte der Saarregierung sind, daß sie aber als deutsche Beamte der Saarregierung zur Verfügung gestellt wurden in der selbstverständlichen Annahme, daß sie die deutschen Interessen im Rahmen der Saarstatutsbestimmungen gewissenhaft vertreten. Herrn Notton und Colling muß heute gesagt werden, daß sie dieses Vertrauen zum Schaden der deutschen Sache im Saargebiet aufs größtmögliche mißbraucht haben. Wie ein solches Verhalten sowohl vom moralischen, vom nationalen wie vom christlichen Standpunkt zu beurteilen ist, darüber werden sich die beiden Herren sicherlich nicht im Zweifel sein.

Wenn darüber noch irgendein Zweifel bestanden hat, so ist er behoben worden durch die unerschrockene Veröffentlichung des Aktenmaterials durch den Oberbürgermeister von Saarbrücken, Herrn Dr. Reikes. Wir wissen sehr wohl, daß dieser Schritt für Herrn Dr. Reikes nicht ohne Gefahr ist. Wenn er vor Gott und seinem Gewissen im Interesse einer loyalen Anwendung der Saarstatutsbestimmungen nicht anders handeln zu können glaubte, so beweist er damit, daß er den Rechtsstandpunkt und das Rechtsempfinden nicht verletzen lassen will, wie es versucht wird und geschehen ist von Personen, die vermöge ihrer Stellung und ihrer Vorbildung ein Vorbild von Gewissenhaftigkeit, Ehrenhaftigkeit und Treue geben sollten. Herrn Dr. Reikes gebührt für sein unerschrockenes Auftreten

rückhaltlose Anerkennung nicht nur der um ihre Rechte kämpfenden Saargebietsbevölkerung, sondern auch des ganzen deutschen Volkes. Auf seine Veröffentlichungen wird noch zurückzukommen sein; heute sei nur festgestellt, daß durch seine Klarstellung in der Öffentlichkeit die Herren Rotton und Colling sich vor die Frage gestellt sehen: „Haben wir das in uns gesetzte Vertrauen von deutscher Seite restlos erfüllt oder läßt unser Verhalten die Deutung zu, als vertreten wir die Annexionsziele der anderen Seite?“ Wie gesagt, vor diese Frage sehen sich jetzt die Herren gestellt.

Soweit wir unterrichtet sind, besteht bei allen Parteien des Saargebiets parteipolitische Klugheit genug, um die Feststellung des wahren Charakters der Herren Rotton und Colling nicht etwa parteipolitisch nach der einen oder anderen Seite hin auszuwerten. Hier handelt es sich um gröbliche Täuschung des Vertrauens, das den genannten Herren entgegengebracht wurde. Dafür ist keine Partei verantwortlich zu machen. Wir glauben weiter darüber unterrichtet zu sein, daß von allen deutschen Parteien des Saargebiets in sachlicher Weise versucht wird, den verantwortlichen Minister für das Schulwesen, den erst kürzlich ernannten Don Carlos Espinosa de los Monteros über den wahren Charakter der Herren an Hand einwandfreier Unterlagen aufzuklären. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, daß der Vertreter einer der ritterlichsten und aufrichtigsten Nationen, wie es die spanische ist, Objektivität genug besitzt, um Verrat am eigenen Volke eben als Verrat zu betrachten. Der ritterliche Spanier wird deshalb sein Urteil auch dann unparteiisch fällen, wenn er auf der anderen Seite wird feststellen müssen, daß die Tätigkeit der Herren Rotton und Colling im Sinne der Ziele gewisser Personen der Saarregierung liegt. Diese sachliche Aufklärung, die bisher bei der bisherigen Zusammensetzung der Regierungskommission erfolglos bleiben mußte, wird hoffentlich nunmehr die Atmosphäre reinigen, woran der Völkerbundsrat als Treuhänder das allergrößte Interesse haben muß. Die Hauptsache wird daher sein, daß die kühle Zurückhaltung, die in dieser Angelegenheit — Kenner wissen, daß sie dunkel und schwül schon

seit Jahren ist — auch in Zukunft geübt wird, so daß es der französischen Propaganda und den Kreisen, die Rotton-Colling zu stützen versuchen, nicht möglich ist, von „nationalistischen Machinationen“, „bezahltem preussischen Heimdienst“ und ähnlichem Unsinn zu faheln. Wenn es durch Geschick und Sachlichkeit gelingt, die Vereinigung dieser muffigen politischen Atmosphäre in der Schulfrage zu vollenden, dann kann auch damit gerechnet werden, daß andere Vorgänge im Saargebiet, die an gewisse korrupte Erscheinungen der sogenannten „rheinischen Separatistenbewegung“ erinnern, ebenfalls geklärt und im Interesse eines guten Rufes des Völkerbundes im Sinne des Geistes dieses Bundes abgestellt werden.

Eines muß noch erwähnt werden. Rotton und Genossen haben sich bei Behandlung dieser ganzen Angelegenheit nicht daran erinnert, daß sie aus preussisch-deutscher Verwaltung hervorgegangen und im preussisch-deutschen Rechtsstaat ihre Ausbildung erfahren haben. Sie haben sich vielmehr der korrupten Annexionsmethoden der Franzosen bedient. Wenn ein Beweis für ihre dunklen Wege notwendig wäre, so wird er dadurch erbracht, daß sie sich ausgerechnet durch den *Richtert-Courrier* „verteidigen“ lassen. Wären sie aufrechte deutsche Männer, dann würden sie mit Entrüstung gegen diese „Verteidigung“ protestieren und es dem genannten Blatte entschieden untersagen, diese Fälschung der Wahrheit in Verbindung mit ihren Namen fortzuführen. Daß sie es nicht tun, zeugt nicht dafür, daß sie die deutschen Interessen vertreten oder vertreten wollen.

Lange genug spielen die Herren Rotton und Genossen und ihre Hintermänner diese verderbliche Rolle gegen das Deutschtum an der Saar. Aber vielleicht ist es noch nicht zu spät, das Unheil aufzuhalten, das sie schon angerichtet haben. Dazu ist in erster Linie Einigkeit der Bevölkerung und Ausschaltung aller parteipolitischen Empfindlichkeit oder Heißspornigkeit erforderlich. Zu den deutschen Parteien und ihren führenden Persönlichkeiten haben wir das Vertrauen, daß sie diesen Kampf mit ihren guten Waffen zum siegreichen Ende führen.

Der Schulskandal an der Saar.

Anlagen gegen Rotton, Colling und Vaterrodt.

Wir erwähnten bereits in unserer letzten Nummer, daß der soziald. Landratsabgeordnete Lehrer Bernhard Schneider in der Landratsversammlung am 19. Mai d. J. schwere Anlagen gegen die Schulabteilung der Saarregierung richtete. Die Anlagen sind so ungeheuerlich, daß wir, um keine Mißdeutungen aufkommen zu lassen, zunächst davon absehen, ausführlicher darauf zurückzukommen. Nachdem sich inzwischen herausgestellt hat, daß es sich um einwandfreies, aktenmäßig feststehendes Material handelt, das Herr Schneider vorbrachte, halten wir es für unsere Pflicht, eingehender darauf zurückzukommen.

Die Mißwirtschaft in der Schulabteilung.

Abg. Bernhard Schneider leitete seine Anlagen durch folgende im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Frage ein:

„Ist der Regierungskommission die in den letzten Tagen in der Presse spontan zum Ausdruck gekommene tiefgehende Erregung des gesamten Saargebiets über die unheilvollen Folgen der Mißwirtschaft in der Schulabteilung der Regierungskommission bekannt und was gedenkt sie zur Beseitigung der Uebelstände und damit zur Beruhigung der Bevölkerung zu tun?“

Die in der Anfrage betonte Mißwirtschaft in der Schulabteilung hätte man — die einen in ohnmächtigem Zorn, die andern in falsch verstandenem Parteiinteresse, die dritten in allzugroßer Rücksichtnahme — leider allzu lange ertragen. Er stellte fest, daß die Schulabteilung der Regierungskommission, der nach dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages und nach dem Willen des Völkerbundes die saar-deutsche Schule zu treuen Händen anvertraut ist, es fertiggebracht hat, das genaue Gegenteil ihrer Aufgabe zu erfüllen durch

1. systematische Mißachtung der kommunalen Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Schule;
2. planmäßige Französisierung der saar-deutschen Jugend;

3. einen verwaltungsmäßigen Geschäftsgang, der in seiner Unsachlichkeit und seinem langamen Ablauf uns Deutschen ganz unglaublich erscheint und den Verdacht auf eine Personalpolitik hervorruft, wie sie nach deutschem Empfinden nur in der Atmosphäre politischer Unsauberkeit möglich ist.

Mit befreiendem Lachen denke er noch heute zurück an einen Versuch der Schulabteilung, eine Schulkommission der Stadt Saarbrücken zum schnelleren Arbeiten bzw. zur Fassung eines Beschlusses im Sinne der Regierungskommission zu — zwingen. Das war am 1. 12. 21, und es drehte sich damals um die Frankenhörsoldung der städtischen Lehrer und Lehrerinnen. Auf einmal hätte sich ein Herr zum Wort gemeldet, der sich als Oberregierungsrat Colling und Beauftragter der Schulabteilung hätte vorstellen lassen, habe ein armdickes Gesetzbuch zur Hand genommen, um der Versammlung an Hand irgendeines Paragraphen aus einer Verfügung vom 23. 10. 1817 „nachzuweisen“, daß er die Mitglieder der Kommission zur Fassung des von ihm verlangten Beschlusses zwingen könnte. Wie aber stehe es mit der verwaltungsmäßigen Schnelligkeit des Herrn Colling in seinem eigenen Ressort? Zur Beantwortung dieser Frage würde es genügen, auf die Ausführungen der „Saarbrücker Zeitung“ vom 6., 10. und 17. d. M. hinzuweisen. Herr Schneider führte aber an Hand amtlich einwandfrei feststehenden Aktenmaterials noch insgesamt 20 krasse Einzelfälle an, die, wie Schneider es nannte,

ein System bewusster Rücksichtslosigkeit enthüllten.

Der Redner beleuchtete eingehend die *Nichtabnahme* der Reifeprüfung des Saarbrücker Rinderkinderinnenseminars, über die bereits mehreremals berichtet wurde und wies dann nach, daß trotz der Anerkennung des Städtischen Lyzeums 2 (ehem. Kableschule) als höhere Schule durch die Regierung die Befähigung der von der Stadt gewählten Lehrer und Lehrerinnen vielfach versagt worden ist. Wenn die richtige Stelle der Schulen keine Handhabe zu einem Einschreiten

Jetzt, greife Herr Colling zu kleineren Mitteln. So habe er die Namen Kaufmännische und Gewerbliche Fortbildungsschule in „Öffentliche Handelsschule“ und „Öffentliche Gewerbeschule“ durch eine Verfügung umgewandelt. Da sie keine Unterschrift getragen habe (1), sei die Ausführung der Verfügung durch die Stadt selbstverständlich unterblieben. Die Dragonerkaserne sei der Stadt zu Schulzwecken von der Schulabteilung nur unter der Bedingung zugesagt worden, daß die Stadt die Kaserne nach Angabe der Regierung ausbaue, obwohl viele Schulen in weit schlechteren Räumen untergebracht seien. Man müte hier der Stadt eine Ausgabe von 2 Millionen Franken zu. Bezüglich der Wohnungspolitik führte der Redner einen Fall an, wonach der Studienrat Tewes von Herrn Colling eine Verfügung erwirkte, daß ihm die vorher einem Handelslehrer zugesagte Wohnung überwiesen werden solle, „eventuell unter Umgehung entgegenstehender Verfügungen“. Ferner soll dem Gewerbelehrer Kahl in Saarbrücken die Direktorstelle an der Böllinger Gewerbeschule in Aussicht gestellt sein, wenn er dem Redakteur des „Saarcurier“, Schöttler, seine Wohnung zur Verfügung stelle. Ueber die Nichtbeantwortung von Eingaben teilte der Redner folgende Fälle mit:

a) Für die Neuerrichtung der Schulkostenbeiträge an der städtischen kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsschule wurde die Genehmigung nachgesucht am 14. Mai 1923 VII 876. Erinnert am 15. Juni 1923, 16. Juli 1923, 15. August 1923, 20. Oktober 1923. Die Regierungskommission teilte am 18. Oktober 1923 mit, daß beabsichtigt sei, die Angelegenheit durch das Berufungsschulgesetz demnächst generell zu regeln. Weitere Nachricht steht noch aus. Infolge der Verzögerung hat im Rechnungsjahr 1923 die Erhebung der Schulkostenbeiträge ohne jede rechtliche Unterlage erfolgen müssen.

b) Wegen der Staatszuschüsse für die höheren und mittleren Schulen der Stadt Saarbrücken wurde mit der Schulabteilung verhandelt. Auf den Bericht vom 11. März 1924 VII 166 betr. Bedingungen zur Gewährung von Staatszuschüssen ist trotz der Erinnerungen vom 22. April eine Nachricht nicht eingegangen.

c) In Verfolg eines Sparprogramms der Stadt Saarbrücken sollte zu Ostern 1923 die dritte Seminarstufe des Städtischen Lehrerseminars eingehen. Die Schulabteilung erhob Einspruch, und die Städtische Finanzkommission hat daraufhin der verlangten Beibehaltung zugestimmt unter der Bedingung, daß die Personalkosten für die Klasse 1923, 1924, 1925 auf die Landeskasse übernommen werden. Mit Bericht vom 29. Mai 1923 VII 930 hat die Stadt um Bestätigung (schriftlich) darüber gebeten, daß die Regierungskommission, wie mündlich zugesagt, die Personalkosten, wie von der Finanzkommission vorausgesetzt, übernimmt.

Erinnert am 20. 6. 23, 24. 7. 23, 28. 8. 23, 25. 9. 23, 7. 11. 23, 10. 12. 23, 24. 1. 24, 20. 3. 24. Antwort ist nicht eingegangen.

Diese Schlapereien wurden, wie der Redner mitteilte, mit „technischen Schwierigkeiten“ (1) entschuldigt. Das tollte aber, was der Redner vorbrachte, war die Angabe, daß manche dieser technischen Schwierigkeiten darauf zurückzuführen seien, daß der Direktor der Schulabteilung eine Sekretärin eingestellt habe, die weder richtig lesen noch schreiben könne, die Schreibmaschine mit einem Finger bediene und wohl nur deshalb angestellt worden sei, um dem bekannten Herrn Richter einen Gefallen zu erweisen. Die Dame war nämlich vorher — Haushälterin bei Herrn Richter und hat diese Stelle natürlich bei dem Wegzug ihres Dienstherrn verloren!

Zur Schuldfrage führte der Redner aus: Liegt etwa alle Schuld bei dem französisch orientierten Dänen, dem bisherigen Regierungskommissar für Kultus und Schulwesen, dem Grafen Moltke-Huitfeldt? Die tiefste Schuld sicherlich; aber Graf Moltke wäre machtlos gewesen, wenn er nicht willfährige Helfer gefunden hätte. Wir behaupten daher: Nicht Moltke-Huitfeldt oder gar sein Nachfolger Espinosa, sondern die „deutschen“ Männer, die als verantwortliche Berater um Moltke waren und immer noch um Espinosa sind:

die Herren Rotton, Colling, Vaterrodt und ihr Anhang tragen die Schuld.

Mag sein, daß wir bei Einzelheiten dieser Behauptung noch verschiedener Auffassung sind, aber die Auffassung im Prinzip wird der ganze Landesrat teilen. Ich erinnere nur an den Leitartikel der „Saarbrücker Landeszeitung“ vom 11. d. Mts., in dem sie mit anerkennenswerter Sachlichkeit ihren Lesern nachweist, daß die Schuld an der Franzöisierung unserer Jugend einzig und allein in der Schulabteilung der Regierungskommission liegt.

Wenn Herr Colling den erschreckend langsamen Geschäftsgang seiner Abteilung, seine Paragrafen-Ehrfurcht und Paragrafen-Sehnsucht, seine Abneigung gegen Personen, die ihm prodeutisch erscheinen, sein Achselzucken für die Nahrungsjorgen und Finanznöte der Lehrer und Lehrerinnen, die Beunruhigung der Schulkinder und die Verärgerung der Eltern über das Wohl der ihm unterstellten Schulen, Kinder und Lehrer stellt, so ist doch wirklich die Frage erlaubt, ob dieses vollkommene Versagen

des Herrn Colling nur auf seinen fehlenden pädagogischen, verwaltungstechnischen und also allgemein menschlichen Qualitäten oder auch auf einem Druck seines Chefs, oder gar auf beiden Faktoren beruht? Verlangen müssen wir jedenfalls, daß die gesamte Regierungskommission sich von der Unhaltbarkeit der Zustände in der von Rotton-Colling geleiteten Schulabteilung überzeugt und für eine ebenso schnelle wie gründliche Abhilfe sorgt!

Abg. Martin (Ztr.) bedauerte, daß noch in so später Stunde eine so wichtige Frage angeschnitten worden sei. Aber die Dringlichkeit des Gegenstandes gebiete eine sofortige Behandlung. Ohne Zweifel sei eine Reihe der vorgebrachten Fälle richtig dargestellt, und es berühre schmerzhaft, diese Vorkommnisse, die auch weiteren Kreisen bekannt seien, zur Kenntnis nehmen zu müssen. Eine öffentliche Besprechung sei eine Notwendigkeit. Auch die Zentrumsfraktion habe vergangene Woche Beschwerde geführt. Einige dieser Beschwerdepunkte wolle er vorbringen. So soll nach Verlautbarungen der maßgebenden Herren der Schulabteilung die Regierungsvorlage betr. Schulkommission wieder ausleben. Der Landesrat habe einstimmig vergangenes Jahr diese Vorlage abgelehnt, und die Zentrumsfraktion verwahre sich dagegen, daß eine abgelehnte Vorlage, die im übrigen auch mit überwältigender Mehrheit von dem Parteiausschuß der Zentrumsfraktion verworfen worden sei, nachträglich auf Betreiben der Schulabteilung Gesetz werde. Was die Zentrumsfraktion wolle, habe sie in ihrem Gegenentwurf niedergelegt. Auch er könne bestätigen, daß auf Eingaben keine Antwort erfolge. Noch heute warte der katholische Lehrerverband des Saargebiets auf die schriftliche Erlaubnis zum Wiederanschluß an den katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches, während den katholischen Lehrerinnen und dem Freien Lehrerverband dieser Anschluß an Verbände im Reich schon seit zwei Jahren gestattet sei. Seit 11/2 Jahren sei kein Junglehrer mehr angestellt worden, obwohl im Etat die Stellen vorgesehen seien. Ein Grund sei bis heute noch nicht angegeben worden. Man vermute aber die Erwartung einer

weiteren Ausbreitung der französischen Schule

und die Furcht vor zuviel angestellten Lehrern. Für die Volksschule habe man überhaupt nicht viel übrig, weder für ihre Vertretung noch für ihre Arbeit. Die zuständigen Deputierten seien ausgeschaltet. Heute rede man auch von Schulabbau und Zusammenlegung von Klassen. Wo aber zwei Kinder fakultativen französischen Unterricht verlangten, müsse dieser erteilt werden, selbst wenn ein auswärtiger Lehrer herbeigeht werden müßte. Warum werde hier nicht gespart? Bezüglich der französischen Schulen verlange das Zentrum nach wie vor Aufhebung der Bestimmung, wonach alle saarländischen Kinder, die Bergmannskinder ohne Formlichkeit die französischen Schulen besuchen dürfen. Im Interesse einer gedeihlichen Schularbeit dürfe nur ein einmaliger Uebertritt von einer Schule zur anderen gestattet sein. Traurig sei es, daß die Schulabteilung an einige Bürgermeister und Landräte habe Anweisung ergehen lassen, die bestehenden Vorschriften über Bestrafungen unentschuldigter Schulversäumnisse auf die Kinder der Domanialschulen nicht anzuwenden. Warum das Messen mit zweierlei Maß? Ebenso betrübend sei die Tatsache, daß die Schulabteilung trotz Eingabe der Saarbrücker Hilfsschullehrer es hat zulassen können, daß sogar geistig arme Hilfsschulkinder zur zweisprachigen französischen Schule übertreten konnten. Grund zur Beschwerde sei also genug da. Die Schulabteilung sei die exponierteste Stelle der ganzen Saarregierung. Ihr sei der kulturelle Schutz und der Schutz des deutschen Volkstums an der Saar anvertraut. Man könne aber nicht behaupten, daß sie ihre Pflicht erfüllt habe. Wenn die Dinge so weiter liefen, werde das ganze Saarvolk geschlossen gegen die Schulabteilung Stellung nehmen und kein Mensch an verantwortlicher Stelle werde verhindern können, daß die Geschehnisse der letzten Jahre mit den Intentionen der Schulabteilung identifiziert werden.

Abg. Schmeller (Deutsch-Saarl. Volksp.) unterstrich die Ausführungen Schneiders und bedauerte, wegen der vorgerückten Zeit nicht noch weiteres Material hinzufügen zu können. Er bemerke, daß man aus der Tatsache, daß die beiden Vorredner Lehrer seien, nicht den Schluß ziehen dürfe, daß die Angelegenheit nur eine solche der Lehrerschaft sei. Die ganze Bevölkerung müsse das größte Interesse an den völlig unmöglichen Verhältnissen der Schulabteilung nehmen. Den beiden Herren müsse auch die Bevölkerung hohe Anerkennung schon deshalb zollen, weil bei dem

Schreckensregiment in der Schulabteilung

von ihnen ein gewisser Mut notwendig gewesen sei, die Dinge im Landesrat vorzubringen. Die ganze Angelegenheit betreffe aber nicht nur die Saarbevölkerung in ihrer Gesamtheit, sondern ginge auch über das Ressort der Schulabteilung weit hinaus. Die Regierungskommission müsse sich damit befassen, und insbesondere fordere er

das saarländische Mitglied auf, sich nicht durch ressortmäßige Bedenken abhalten zu lassen, an einer Gesundung der Schulabteilung mitzuhelfen. Die Tatsache, daß hier die Vertreter dreier Parteien, die sonst in Schulangelegenheiten nicht die gleichen Ansichten vertreten, einmütig die gleichen Klagen gegen die Schulabteilung erheben, müsse ihn unbedingt dazu veranlassen, geeignete Schritte zu unternehmen. Zum Schluß stellt der Redner fest, daß Herr Schneider sein Material rein sachlich vorgetragen und sich jeder Schärfe in der Form enthalten habe. Er stelle das besonders deshalb fest, weil er annehme, daß die beiden Abgeordneten bei der fehlenden Immunität von ihrer vorgelegten Behörde angegriffen würden.

Wie richtig diese Mutmaßung des Abg. Schmölzer war, ergibt sich aus einer Veröffentlichung in der Saarbrücker „Volksstimme“, wonach nicht etwa die stark belasteten Herren Kotton, Colling und Vaterrodt zur Rechenschaft gezogen wurden, sondern ein

Disziplinarverfahren gegen den Abg. B. Schneider

eingeleitet wurde. In der Veröffentlichung, die von der sozialdemokratischen Landratsfraktion ausgeht, wird festgestellt, daß Ministerialdirektor Prof. Dr. Kotton am 23. Mai mittels einer an den Lehrer B. Schneider gerichteten Vorladung den Abgeordneten B. Schneider verantwortlich zu vernehmen versucht hat. Die sozialdemokratische Landratsfraktion erblickt darin nicht nur einen Mißbrauch der Dienstgewalt gegenüber dem Lehrer Schneider, sondern auch einen Uebergriff gegen den Abgeordneten Schneider, gegen den sie auf das entschiedenste Protest erhebt. Die Aufschrift fährt dann fort:

Dem Genossen Lehrer Schneider, der am 9. April d. Js. von der Volksschule zur Mittelschule übergegangen war, hat Herr Ministerialdirektor Prof. Dr. Kotton im Verlaufe des erwähnten Vernehmungsverfahrens befohlen, ab 24. d. Mts. zur Volksschule zurückzukehren, und diese auffällige Rückverlegung damit begründet, daß Genosse Schneider noch nicht im Besitze der staatlichen Bestätigung als Mittelschullehrer sei. Da aber Herr Ministerialdirektor Professor Dr. Kotton von der ordnungsmäßigen Beurlaubung des Genossen Schneider aus dem Volksschuldienst zwecks Aufnahme seiner Tätigkeit an der Mittelschule bereits seit 7. April amtlich Kenntnis hat, zudem von dem tatsächlich erfolgten Uebertritt zur Mittelschule seit 29. April auch persönlich unterrichtet ist und trotzdem die Rückverlegung des Genossen Lehrer Schneider erst am 23. Mai verfügt hat, da außerdem gegen die vielen anderen Damen und Herren, die ebenfalls noch immer auf ihre amtliche Bestätigung warten, Herr Ministerialdirektor Professor Dr. Kotton bis heute noch nichts einzuwenden hat, ist die Rückverlegung des Genossen Schneider nicht eine im Interesse des Schuldienstes begründete Maßnahme, sondern eine politische Maßregelung, deren Annahme für uns undenkbar ist. Am Montag, den 19. Mai haben die Herren Ministerialdirektor Dr. Kotton und Ministerialrat Dr. Colling in Gegenwart der Herren Bürgermeister Dr. Reikes, Beigeordneter Dr. Kühring und Stadtschulrat Bongard dem Herrn Regierungskommissar versichert, daß die Bestätigung des Lehrers Schneider in seinem neuen Amt an der Mittelschule bereits unterwegs ist. Da die am 19. Mai unterwegs befindliche Bestätigung bis heute noch nicht eingetroffen ist, werden die Herren Prof. Dr. Kotton und Dr. Colling darüber Auskunft zu geben haben, ob sie die berufliche Maßregelung eines Abgeordneten dauernd aufrechterhalten wollen. Die sozialdemokratische Fraktion des Landrates hat auf Grund dieses Sachverhalts an den stellvertretenden Vorsitzenden des Landrates ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Die sozialdemokratische Fraktion des Landrates erblickt in diesem Schritt untergeordneter Regierungsstellen (Verhör des Abg. Schneider) eine Untergrabung des Rechts der Immunität, die nach wie vor als eines der Grundrechte des Landrates gefordert wird und zum mindesten aus Gründen des politischen Anstandes respektiert werden müßte. Diese Achtung vor politischen Rechten und Ansprüchen haben die Beamtenstellen der Regierungskommission vermissen lassen. Die sozialdemokratische Fraktion gedenkt nicht, sich derartige beamtliche Eingriffe in die politische Freiheit eines Abgeordneten gefallen zu lassen und beantragt daher, daß der Vorstand des Landrates unverzüglich eine außerordentliche Sitzung des Landrates einberuft mit der Tagesordnung: Verletzung der politischen Freiheit und zu beanspruchende Immunität des Abgeordneten Bernhard Schneider. Die sozialdemokratische Fraktion muß der Ueberzeugung sein, daß der nicht beamtete Vorsitzende und Vorstand des Landrates bei der Entschließung über die Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung den gerechten Ansprüchen des Volkes und seiner Abgeordneten Rechnung zu tragen verpflichtet ist.“

Die „Neunt. Volksztg.“ bemerkt hierzu u. a. folgendes: Der von Ministerialdirektor Dr. Kotton unternommene Versuch der dienstlichen Maßregelung eines zu ihm in einem dienstlichen Verhältnis stehenden unbequemen Volksvertreters stellt die Krone des bisher festgestellten saarländischen Schulstandals dar. Eine Frage tut not: Die Stellungnahme des neuen Kultusministers Don Carlos Espinosa de los Monteros nicht nur zum Falle der versuchten dienstlichen Maßregelung eines Volksvertreters, sondern auch zu den Fällen Kotton-Colling-Vaterrodt selbst bedarf dringend der Klärung.

Soweit wir unterrichtet sind, ist von den Landratsfraktionen ein Schritt bei dem Minister Don Carlos Espinosa de los Monteros unternommen worden, allerdings mit einem Ergebnis, das nicht erwarten läßt, daß dem verletzten Rechtsempfinden und dem Schrei nach Beseitigung der himmelschreienden Zustände in der Schulabteilung der Saarregierung Rechnung getragen wird. Wir enthalten uns noch jeglichen Urteils, fürchten aber, daß die Zustände schon so weit getrieben sind, daß von einer katastrophalen Erschütterung der deutschen Schule an der Saar durch das Verschulden und durch die Tätigkeit der Schulabteilung gesprochen werden muß. Die französische Schulpolitik an der Saar steht allem Anschein nach vor einem glatten Siege in der gleichen Weise und mit den gleichen entscheidenden Folgen wie in der Währungsfrage — und „deutsche Männer“ haben dieses Werk vollenden helfen!

*

Sensationelle Enthüllungen über die Schulpolitik der Regierungskommission!

Der Bürgermeister von Saarbrücken, Dr. Reikes, nimmt in den Blättern von Saarbrücken Stellung gegen den Leiter der Schulabteilung der Saarregierung, den Ministerialdirektor Dr. Kotton. Seit Jahr und Tag ist die Stadtverwaltung gezwungen, einen scharfen Abwehrkampf gegen die Politik der Schulabteilung, die ganz auf Franzöisierung des gesamten Schulwesens an der Saar eingestellt ist, zu führen. Das Vorgehen des genannten Ministerialdirektors hat in der letzten Zeit Formen angenommen, welche den Bürgermeister von Saarbrücken gezwungen haben, Zuflucht zur Öffentlichkeit zu nehmen. Die letzte Veranlassung dazu gab eine Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Kotton, er werde eine Erklärung in der Presse gegenüber den Vorwürfen veröffentlichen, welche die Landratsabgeordneten Schneider (Sozialdemokrat) und Martin (Zentrum) in der vorletzten Sitzung des Landrates gegen ihn erhoben hatten. In der langen Erklärung des Bürgermeisters, die beinahe eine Seite der im Groß-Format erscheinenden Blätter füllt, weist das Stadtoberhaupt von Saarbrücken nach, daß Dr. Kotton in verschiedenen Fällen seine mündlich gegebenen Zusagen bei nachträglich schriftlicher Fixierung erheblich einzuschränken wußte. Wichtiger für die Beurteilung der saarländischen Zustände ist ein anderer Punkt, den der Bürgermeister am Schlusse seiner den Leiter der Schulabteilung moralisch geradezu vernichtenden Erklärung ausführlich darlegt. Dieser Teil der Erklärung des Bürgermeisters, der übrigens charakteristisch für die im Saargebiet herrschenden Zustände ist, lautet:

„Ich sehe mich aber veranlaßt, in dem Augenblick, in dem ich eine Erklärung über das Verhalten der Schulabteilung gegenüber der Stadt Saarbrücken vor der Stadt, vor der Öffentlichkeit abzugeben habe, auch die Öffentlichkeit über die Vorgänge aufzuklären, die sich in dem Verfahren auf Bestätigung der von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Saarbrücken in die Direktorstelle am Reform-Realgymnasium erwählten Herren ereignet haben. In der Besprechung mit dem Herrn Minister Espinosa de los Monteros am 19. Mai 1924 habe ich die Schulabteilung gebeten, mir die Gründe anzugeben, die zur Nichtbestätigung des Herrn Stadtschulrats Bongards als Direktor des Reform-Realgymnasiums geführt haben. Herr Dr. Kotton berief sich in Gegenwart des Herrn Ministers für die Nichtbestätigung des Herrn Stadtschulrats Bongards auf die damalige Stellungnahme des Philologenverbandes, daß dieser als Direktor nur eine Persönlichkeit wünsche, die bisher im höheren saarländischen Schuldienst tätig gewesen sei. Herr Dr. Kotton habe damals den Vorsitzenden des Philologenverbandes, Herrn Studienrat Arens, auf sein Büro bestellt und ihm dort aus den Personalakten

des Herrn Stadtschulrats Bongards, die nach allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen vor jedem Unbefugten geheimzuhalten waren, das Material diktiert, aus dem dann der Philologenverband den Einwand begründet hat, mit dem die Bestätigung des Herrn Stadtschulrats Bongards zu Fall gebracht wurde. Von einer Ministerialinstanz muß erwartet werden, daß sie über den Parteien steht, daß sie nicht nur keiner Beeinflussung zugänglich ist, sondern sich auch ihrerseits jeder Beeinflussung enthält. Hier aber ist dies tatsächlich geschehen. Es wurde von einer Ministerialinstanz Material geliefert, um einen dem Direktor der Ministerialinstanz nicht genehmen Bewerber aus dem Felde zu schlagen. Herr Dr. Notton hat am 19. Mai 1924 in Gegenwart des Herrn Ministers Espinosa de los Monteros zugeben müssen, daß der Vorgang sich wie vorkehend von mir dargelegt, zugetragen hat. (Die Vorgänge spielten sich unter dem damaligen Minister, dem Grafen Nolte-Huise, ab. Der jetzige Minister Espinosa de los Monteros hat damit nichts zu tun. D. Sch.)

Noch viel schlimmer sind die Vorgänge, die sich nach der erfolgten Wahl des Herrn Stadtschulrats Bongards zum Direktor des Städtischen Reform-Realgymnasiums abgespielt haben. Herr Bongards hatte bei dieser Wahl ein einklimmiges Vertrauenszeugnis sämtlicher der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Saarbrücken erhalten. Wie mir nun von zuverlässiger Seite berichtet worden ist, hat sich dann folgendes ereignet: Unter dem Einfluß dieser überwältigenden Vertrauensfundgebung überbandte das Kollegium des Reform-Realgymnasiums durch den Studienrat Dr. Kraywanger der Schulabteilung zu Händen des Ministerialdirektors Dr. Colling einen Brief, in welchem das Kollegium vorschlug, die Bedingung, daß der Bewerber in dem saarländischen höheren Schuldienst bisher tätig gewesen sein mußte, fallen zu lassen. Herr Dr. Colling stellte mit Herrn Dr. Kraywanger fest, daß die Aufrechterhaltung dieses Briefes die Bestätigung des Herrn Bongards bedeuten würde. Nach Beratung mit Herrn Dr. Colling hat Herr Studienrat Dr. Kraywanger diesen Brief wieder mitgenommen und dem Lehrerkollegium des Reform-Realgymnasiums erklärt, wenn der Brief nicht zurückgezogen würde, könnten die Lehrkräfte des Reform-Realgymnasiums nicht auf die Erfüllung ihrer Wünsche hinsichtlich der Regelung der Besoldungsfrage rechnen. Unter dem Druck dieser Erklärung hat das Kollegium dann den Brief zurückgezogen.

Ich habe Herrn Minister Espinosa de los Monteros gebeten, wegen dieser Vorgänge eine Untersuchung einzuleiten, die er dann bereitwilligst zugesagt hat. Nach meiner Ueberzeugung hat die Öffentlichkeit ein Recht dazu, daß diese Vorgänge aufgeklärt werden. Die größte Partei des Saargebietes, die Erklärung über die Differenzen der Stadt Saarbrücken und der Schulabteilung verlangt hat, kann nunmehr zu dem Verhalten des Leiters der Schulabteilung Stellung nehmen. Ebenso werden die Stellen, denen das Wohl und Wehe des Saargebietes anvertraut ist, zu prüfen haben, ob jemals die Schulabteilung der Regierungskommission sich das Vertrauen der Gemeinden und der Bevölkerung des Saargebietes erwerben kann, wenn nicht die von mir dargelegten Zustände schnellig abgestellt werden.

gez. Dr. Reites.

Es gibt kein Wort, das scharf genug wäre, um dieses Verhalten von Notton und Colling zu charakterisieren. Wir fragen nur eins: Was würde geschehen, wenn ein solcher Amtsmißbrauch in Verbindung mit Erpressung in Deutschland sich ereignete? Die Leute, die so etwas tun, haben das Recht zur Bekleidung öffentlicher Ämter verwirrt. Der Völkerverbund hat jetzt zu beweisen, ob er Schützer der Moral oder Stütze der Unmoral und Korruption sein will.

Ein Protest des Landesrats.

Am 18. Juni befaßte sich der Landesrat erneut mit der Schulfrage, wenn auch gegen den Protest des Regierungskommissars. Auf der Tagesordnung standen nur Verordnungsentwürfe, die ohne Besprechung an die zuständigen Kommissionen verwiesen wurden. Nach Erledigung der Tagesordnung wollten die Fraktionen des Zentrums, der SPD. und der DVP. in der Frage des öffentlichen Konfliktes mit der Schulabteilung der Regierungskommission eine Erklärung abgeben. Staatskommissar Dr. Diesch erhob mit dem Hinweis auf die erschöpfte Tagesordnung sowie die Geschäftsordnung, die ein Interpellationsrecht nicht vorsieht, Einspruch.

Der Präsident stellte fest, daß ein bisher stillanerkanntes Gewohnheitsrecht es den Abgeordneten ermöglicht habe, Dinge auch außerhalb der Tagesordnung zur Sprache zu bringen, die nun einmal ausgesprochen werden müssen. Es handele sich, so fuhr er fort, um eine Erklärung, die von der Öffentlichkeit erwartet werde und gegen die seitens der Regierungskommission auch keine sachlichen Bedenken bestehen würden. Er glaube nicht, daß in irgendeinem anderen Land eine Volksvertretung so bescheiden bliebe, wie die des Saargebietes bisher geblieben sei. Die Geschäftsordnung sei außerordentlich eng und wenn der Landesrat zu manchen Fragen Stellung nehme, so geschehe es über den Rahmen der Geschäftsordnung hinaus, weil das Volk es nicht verstehen würde, daß man sich immer wieder unter diese enge Geschäftsordnung ducke.

Demgegenüber betonte der Staatskommissar, daß ein Interpellationsrecht mit der Einrichtung des Landesrates unvereinbar sei. Abg. Schmelzer bemerkte, daß die Regierung in ihrer Unterredung mit den Fraktionen kürzlich mitgeteilt habe, daß sie für Anregungen dankbar sei und daß man es nicht verstehen würde, wenn die Regierungskommission etwas zurückschraubte, was bereits im Laufen sei. Abg. Martin verteidigte sich darauf kurz gegen den vom Staatskommissar gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß er, als er vor die Schulabteilung zitiert war, dort nichts Eiligeres zu tun gehabt hätte, als schnellst nach seinem Hut zu greifen. Er stellte demgegenüber fest, daß er 1½ Stunde lang bei der Schulabteilung gewillt habe und der gegen ihn erhobene Vorwurf daher absurd sei.

Vor der Abgabe der gemeinsamen Erklärung machten Herr Abg. Kiefer und Herr Lehrer Schneider einige Ausführungen zur Schulfrage. Kiefer bemerkte u. a. folgendes: Wir stehen auf exponiertem Posten. Es kämpfen hier Deutschtum und westliche Einstellung miteinander. Das Saargebiet ist Objekt der hohen Politik. Wir als Volksvertreter haben die Pflicht vor der Geschichte, darüber zu wachen, daß im Saargebiet nichts unternommen wird, was das Deutschtum, das wir von unseren Vätern übernommen haben, gefährdet. In der Schule wird die Zukunft eines Volkes erzogen und es ist nicht einerlei, in welchem Geist unsere Jugend erzogen wird. Wir sind verpflichtet vor unserem Volk und Gewissen, die deutsche Schule zu schützen, soweit es in unserer Kraft steht. Daß die Schulfrage angeschnitten wurde, lag in der Luft. Schon monatelang wird der Kampf in der Presse geführt. Der Redner wies sodann darauf hin, daß die Vorwürfe gegen die Schulabteilung in aller Öffentlichkeit erhoben worden seien, die Aufklärung müsse daher auch in aller Öffentlichkeit erfolgen. Der von der Schulverwaltung bisher eingeschlagene Weg, die Presse lediglich aufzufordern, in das vorhandene Gegenmaterial Einblick zu nehmen, sei unhaltbar. Er wandte sich dann gegen das Vorgehen der Schulabteilung gegen die Abgeordneten Schneider und Martin, die beide Lehrer sind. Die von Herrn Notton beliebte

Methode des Versuchs der Mundtotmachung

unbequemer Volksvertreter durch disziplinarische Verfahren. Dieses Verhalten sei nicht nur eine Beleidigung der beiden Herren und des Landesrats, sondern der ganzen Saarbevölkerung. Der Redner forderte schließlich die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der das vorhandene Material sachlich prüft. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung: Schulabteilung, schütze die deutsche Schule, dazu bist du vor Gott, dem Saarländischen und dem Versailler Vertrag verpflichtet.

Der Regierungsvertreter „bedauerte“, zu dieser Frage keine Stellung nehmen zu können, da er nicht „vorbereitet“ sei. Er müsse es aber auch ablehnen, der Sitzung weiter beizuwohnen.

Auch Abg. Schneider wies noch einmal auf die Mißstände in der Schulpolitik der Regierungskommission hin und betonte, daß es bisher der Schulabteilung nicht gelungen sei, die Angriffe zu entkräften. Von 26 angeführten Anklagen war die Schulabteilung in der Lage, nur einen Fall zu liquidieren, der aber von vornherein als unbedeutend bezeichnet worden war.

Von den Fraktionen der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Saarländischen Volkspartei wurde daraufhin folgende

gemeinsame Erklärung

angenommen:

In der Sitzung des Landesrates vom 19. Mai 1924 richtete der Abgeordnete Bernhard Schneider von der sozialdemokratischen Fraktion eine Anfrage an die Regierungskommission über die bisherige Politik der Schulabteilung. Er begründete seine Ausführungen durch die Vorlage sachlichen Materials aus der Verwaltungspraxis der obersten saarländischen Schulbehörde. Im weiteren Verlauf der Landessitzung schlossen sich die Abgeordneten Martin und Schmelzer als Sprecher der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Deutsch-Saarländischen Volkspartei grundsätzlich der Stellungnahme des Abgeordneten Schneider an.

Infolge dieser Anfrage erhielt der Abgeordnete Schneider am 23. Mai 1924 von der Schulabteilung der Regierungskommission eine Vorladung, um in seiner Eigenschaft als Lehrer über seine Aussagen als Abgeordneter des Landesrates zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dabei wurde ihm gleichzeitig eröffnet, daß er an die Volksschule zurückversetzt und seine Befähigung als Mittelschullehrer zurückgezogen worden sei.

In gleicher Weise wurde der Abgeordnete Martin wegen seiner in der Landessitzung vom 19. Mai 1924 gemachten Ausführungen in der Eigenschaft als Lehrer vorgeladen.

Indem sie die Prüfung der gegen die Schulabteilung erhobenen Anklage durch eine sachliche Untersuchung erwarten, erheben die unterzeichneten Landesratsfraktionen Einspruch dagegen, daß Abgeordnete des Landesrates wegen der Ausübung ihrer Mandate von ihrer beruflich vorgelegten Behörde zur Verantwortung gezogen werden. Die unterzeichneten Landesratsfraktionen erblicken in diesen Maßregelungen eine schwere Verletzung jener Grundrechte, durch welche in allen zivilisierten Ländern den Mitgliedern der Volksvertretungen die Freiheit der Meinungsäußerung gewährleistet wird. Sie erwarten von der Regierungskommission, daß sie im Eilvernehmen mit der Schulabteilung die gegenüber den Lehrern Bernhard Schneider und Wilhelm Martin wegen ihrer Tätigkeit als Abgeordnete des Landesrates erlassenen Maßregelungen rückgängig macht und daß sie weiter dafür sorgt, daß in Zukunft alle Abgeordneten als immun behandelt werden.

Auf jeden Fall aber geben die unterzeichneten Landesratsfraktionen die Versicherung ab, daß keines ihrer Mitglieder sich durch die Gefährdung seiner Sicherheit als Abgeordneter davon

abhalten lassen wird, durch freie und offene Meinungsäußerung die Pflichten zu erfüllen, die es durch die Annahme des Mandates der Bevölkerung gegenüber übernommen hat.

Die Kommunisten gaben eine besondere Erklärung ab, in der sie auch gegen die Politik der Schulabteilung der Regierungskommission protestieren und im übrigen noch einige parteipolitische Forderungen erheben.

*

Ein mißglückter Rechtfertigungsversuch der Schulabteilung.

Die Schulabteilung der Regierungskommission hat den Versuch unternommen, die schweren Vorwürfe, die in der Landessitzung vom 19. Mai gegen sie erhoben wurden, durch eine Veröffentlichung in der „Neunkirchner Zeitung“ zu entkräften. Zur Stunde ist eine abschließende Stellungnahme wegen der Unvollständigkeit des veröffentlichten Beweismaterials noch nicht möglich. Es darf aber schon jetzt gesagt werden, daß die Schulabteilung mit keiner Silbe bisher auf den Kernpunkt der gegen sie erhobenen Anklage eingegangen ist, nämlich auf die Schuld an der Franzöisierung der saarländischen Jugend. Wenn die Schulabteilung an diesen vertragswidrigen Verhältnissen keine Schuld trifft, dann wird die Öffentlichkeit gern erfahren, was die Schulabteilung getan hat zum Schutze der gefährdeten deutschen Volksschule im Saargebiet. Eine befriedigende Antwort auf diese Frage wird ihr wohl schwer fallen. Wir erinnern nur daran, daß beispielsweise deutschen Schulen die Gewährung der Lehrmittelfreiheit unterlag, dagegen den französischen Schulen ausdrücklich zugebilligt wurde. Weiterhin ist die Frequenz der französischen Klassen auf 35 Schüler festgesetzt worden, während sie bei den deutschen Volksschulen 50 betragen soll. Der Schulabteilung dürfte es nicht unbekannt sein, daß laut Versailler Vertrag die französischen Schulen im Saargebiet nur für die Kinder der französischen Grubenangestellten vorgesehen sind und daß in der Gleichberechtigung, ja systematischen Bevorzugung der französischen Schulen, die mit den Gruben nicht das mindeste zu tun haben, eine Vertragsverletzung liegt, gegen die sich die Saarbevölkerung mit Recht auflehnt.

England und das Saargebiet.

In zunehmendem Maße wendet sich in England die allgemeine Aufmerksamkeit der Saarfrage zu. Presse, Parlament und Regierung nehmen zu den verschiedensten Saarproblemen Stellung in einer Weise, die erkennen läßt, daß man gewissenhaft versucht, ein klares Bild über die Zustände dort zu gewinnen und den Bestimmungen des Versailler Traktats Geltung zu verschaffen. Dieses Bemühen in England unterscheidet sich vornehmlich von der Gleichgültigkeit, mit der man in Deutschland der Saarfrage gegenübersteht. Regierung, Parlament und Presse gehen einer Behandlung der Saaranlage mit einer Scheu aus dem Wege, die nachgerade bestreblich wirkt. Wann z. B. hat der Deutsche Reichstag oder der Preussische oder Bayerische Landtag zum letzten Male zur Saarfrage Stellung genommen? Seit Rathenaus Tod hat man im Reichstag nichts wieder vom Saargebiet gehört. Und im Preussischen Landtag? Die letzte Saardebate im vorigen Jahre ging in allgemeinen Parteistänkereien verloren! Eine amtliche Information der deutschen Presse über die Vorgänge im Saargebiet liegt Jahre zurück. Und die Presse selbst? Abgesehen von einzelnen Berliner Zeitungen, darunter die „Deutsche Tageszeitung“, die „Deutsche Zeitung“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, der „Berliner Lokal-Anzeiger“, die „Kreuzzeitung“ und allenfalls noch „Berliner Börsenzeitung“, „Germania“, „Vorwärts“ und „Der Deutsche“ hat es die angeblich führende Berliner Presse nicht für notwendig gehalten, im Verlauf des letzten Jahres sich mit dem Saarproblem ernsthaft zu beschäftigen. Ueber diese Gleichgültigkeit besonders der Berliner Presse und sonstiger Faktoren der Öffentlichkeit besteht im Saargebiet nur eine Stimme der Entrüstung. Auf diesen Punkt ist vielleicht noch einmal eingehender zurückzukommen.

Wie gesagt, in England, das irgendwelche politischen oder wirtschaftlichen Interessen an der Saar nicht hat, steht die Saarfrage seit etwa einem Jahre fast ständig auf der Tagesordnung öffentlicher Erörterungen. Sowohl im englischen Unterhaus wie im Oberhaus nahm die Saardebate im Frühjahr d. J. einen breiten Raum ein.

Im englischen Unterhaus

Berichtete am 28. März Mr. Asquith im Anschluß an die Erörterungen von Völkerbundsfragen über die Saargebetsfragen, soweit sie in Genuß behandelt worden waren. Er führte u. a. aus:

Nach den Bestimmungen des Versailler Friedens wurde das Saargebiet — dessen Bergwerke den Franzosen für einen Zeit-

raum von 15 Jahren in Pacht gegeben wurden, um sie für die Verluste, die sie in ihrem eigenen Bergwerksgebiete erlitten haben, auszubilden — mit der Aussicht auf eine Volksabstimmung am Ende der 15 Jahre — als sein äußerstes Schicksal — dem Völkerbund zu treuen Händen übergeben, und seine Verwaltung sollte von einer Kommission von fünf Personen ausgeübt werden, von denen eine ein Vertreter der Saarbevölkerung und der Sprecher und Gewährsmann ihrer Interessen sein sollte. Die Debatte, die sich damals an diesen Punkt anknüpfte, ließ im Gedächtnis der ehrenwerten Mitglieder in allen Teilen des Hauses einen ungünstigen Eindruck zurück, da sie zeigte, daß die Kommission nicht im Interesse der Saarbevölkerung handle, sondern daß sie Willkür hervorgerufen hätte und selbst walten ließ, die demokratischen Ländern im Wirtschaftsleben unbekannt sind; und sie zeigte uns, daß das ganze Verwaltungssystem äußerst mangelhaft war. Ich fürchte, wenn ich in Erwägung ziehe, daß diese Kommission eine Delegation des Völkerbundes und seiner Kontrolle unterstellt war, und daß der Völkerbund letzten Endes für deren Handlungen verantwortlich war, daß hierbei vielen Leuten Zweifel erwachsen, ob der Völkerbund auf diesem Gebiete seine Pflicht erfüllen. Natürlich läßt sich die Tatsache nicht leugnen, daß

dieser antideutsche und antiörtliche Geist,

der ein Charakteristikum für die Regierungskommission bildet, in dem Augenblick, wo Deutschland — wie wir alle hoffen — die Aufforderung zum Eintritt in den Völkerbund erhält, als ein starkes Hindernis empfunden werden wird, wo es gilt, den wünschenswerten Zustand zu erreichen.

Kürzlich hat eine Sitzung des Völkerbundsrates in Genf stattgefunden über die, soweit ich im einzelnen unterrichtet bin, allerdings nur Gutes zu sagen ist. Der Völkerbund verhandelte über einen äußerst schwierigen und heißen Punkt mit großem Takt und großer Besonnenheit, und ich glaube, auch mit allgemeiner Zufriedenheit.

Gestern bemerkte der Premierminister, zufällig diese Gelegenheit gelegentlich einer anderen Erörterung streifend, unser Vertreter beim Völkerbundsrat habe mit „unveröffentlichten Abmachungen“ seines Vorgängers zu kämpfen gehabt. Es würde mich interessieren, was das für Abmachungen sind. Ich kenne keine. Wir sind berechtigt, zu erfahren, in welcher Weise die sonst freie Handlung Lord Parmours, des britischen

Regierungsvertreter beim Rat, durch das Geheimabkommen, das vor Antritt der neuen Regierung getroffen wurde, beeinträchtigt und gehindert worden ist.

Ich habe zwei weitere Fragen zu richten. Der Friedensvertrag von Versailles sieht, wie ich schon vor einigen Augenblicken erwähnte, vor, daß die Einwohner des Saargebietes durch ein Mitglied der Fünferkommission vertreten sein sollten. Ueber diese Personen scheinen nun die Ansichten sehr auseinander zu gehen. Diese Angelegenheit geht ausschließlich den Völkerbundsrat an, der Mitglieder dieser Kommission ernennen und verabschieden kann, der bestimmen kann, wer für diesen Zweck gewählt werden soll. Es wurde behauptet — ich erwähne die Behauptung, ohne mich ihr oder dem Grund und der Ursache, die zu ihr führten, anzuschließen —, daß zufolge der früheren Abmachungen oder einiger anderer ein Mann, der wirklich willkommen gewesen wäre und als Repräsentant der Interessen des Saargebietes wirklich in Frage gekommen wäre, nicht gewählt worden ist, sondern irgend jemand anderes vorgezogen wurde.

Es stand noch ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung, gleich ernst wie der andere, aber vielleicht für das Saargebiet weit wichtiger. Sie wissen — wenigstens diejenigen, die die Bestimmungen des Vertrages von Versailles kennen, und keine waren besser und weislicher ausgearbeitet, als diejenigen das Saargebiet betreffend —, daß das Saargebiet nicht nur neutralisiert werden sollte, sondern, daß auch in den Bestimmungen vorgesehen ist, daß

Keinerlei Militärstreitkräfte im Saargebiet vorhanden sein dürften

und daß die Aufrechterhaltung der Ordnung einer örtlichen Gendarmeriemacht übertragen werden sollte. Es sind inzwischen einige Jahre verstrichen, seitdem diese Bestimmungen erlassen worden sind. Die Gendarmeriemacht hat, soweit mir bekannt ist, immer noch einen schattenhaften Charakter. Soweit eine militärische Macht nötig ist, wird sie durch französische Truppen gestellt. Man würde gerne erfahren, warum eigentlich? Diese Frage wurde von Herrn Branting, dem Vertreter der skandinavischen Staaten, aufgeworfen, der den Antrag stellte, daß in dieser Angelegenheit die Vertreter des Saargebietes anzuhören seien, um die Erweiterung und Entwicklung der örtlichen Gendarmeriemacht, die der Friedensvertrag vorsieht, in die Tat umzuwandeln. Wir würden von dem Premierminister nun gerne erfahren, welche Stellung unser Vertreter eingenommen hat. Wie sind die gegenwärtigen Ansichten betreffend die Verwirklichung einer solchen Macht und wie weit haben wir und werden wir noch die Vorschläge des Herrn Branting unterstützen?

Der Premierminister Mr. J. Ramsay MacDonald ging sofort zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen über und führte hierzu aus:

Mr. Asquith fragte bezüglich des Saargebietes an, welches die Lage war, die Lord Parmoor in Genf vorfand und zitierte einen Ausspruch, den ich über diese Angelegenheit machte. Gerade, ehe ich diesen Ausspruch tat, wurde ein wenig freundlicher persönlicher Angriff auf Lord Parmoor unternommen, und einer der Hauptgründe, der diesen Angriff verteidigen sollte, war der, daß Lord Parmoor die Wahl Kohnmanns als Vertreter der Saarbevölkerung unterstützte oder jedenfalls ihr nicht widersprach. Als Lord Parmoor nach Genf kam, hatte er die Absicht, darauf hinzuwirken, daß die Vertreter der Saarbevölkerung vor dem Völkerbundsrat gehört werden sollten und zwar ehe der Vertreter des Saargebietes bei der Regierungskommission des Saargebietes gewählt worden war. Er fand aber, daß man schon letzten Dezember mit der Kommission, durch welche Herr Kohnmann an Stelle des zurücktretenden Herrn gewählt werden sollte, eine Abmachung getroffen hatte. Man mußte sich sehr überlegen, ob man der Handlung zustimmen oder sie verurteilen sollte. Es bestand jedoch kein Zweifel darüber, daß Herr Kohnmann einer der besten Vertreter der Saarbevölkerung war, die man erwählen konnte, und auch heute noch wird er bei vielen als solcher angesehen. Soweit ich unterrichtet bin, hat sich seit jenen Tagen manches geändert; jedenfalls aber schloß die Tatsache, daß der Handel abgeschlossen worden war (!), die Möglichkeit aus, die Vertreter der Saarbevölkerung vor dem Räte anzuhören. Dadurch ist es auch verständlich, daß Herr Kohnmann am nächsten Tage von dem Räte einstimmig gewählt worden war.

Die nächste Anfrage betrifft die örtliche Gendarmerie und das französische Militär im Saargebiet. Es steht einwandfrei fest, daß das französische Militär bei der ersten besten sich bietenden Gelegenheit zurückgezogen werden muß, es kann aber nicht zurückgezogen werden, ehe nicht eine örtliche Gendarmerie an seine Stelle gesetzt werden kann, und leider sind die Einnahmen der Regierungskommission des Saargebietes sehr beschränkt (da

sie auf einen erheblichen Teil der Steuern von den Saargruben zugunsten Frankreichs verzichtet hat. D. Sch.) Es gelang Lord Parmoor, zu der diese Lage sanktionierenden Entscheidung noch einen Zusatz zu erreichen, der darauf hinauslief, die Regierungskommission habe unverzüglich, sobald es die Finanzen zuließen, eine Vermehrung der örtlichen Gendarmerie vorzunehmen. Ich weiß wohl, daß dies nicht mehr als ein frommer Wunsch ist. (!) Aber wir haben in dieser Angelegenheit unseren Wunsch geäußert, und das Haus kann vollkommen versichert sein, daß wir jede sich bietende Gelegenheit ergreifen werden, nicht nur unseren Wunsch zu äußern, sondern auch unsere Politik zum Austrag zu bringen.

Major Sir Archibald Sinclair: Hat die Saarbevölkerung nicht die französischen Truppen zu bezahlen?

Der Premierminister: Ich weiß das nicht genau. Ich glaube aber, daß die deutsche Regierung für die Besatzungsarmee wie auch für die Truppen im Saargebiet zu bezahlen hat. Dies ist einer jener Punkte, bei welchem man, wird er plötzlich erhoben, in Zweifel geraten kann; ich glaube aber bestimmt, daß die deutsche Regierung bezahlt, doch ist mit den Kosten für die Aufrechterhaltung der Gendarmerie das Budget des Saargebietes belastet.

(Die Saarregierung sowohl wie die französische Regierung behaupten zwar, die Saartruppen würden von Frankreich unterhalten, was aber im englischen Unterhaus Mac Donald aussprach, dürfte durchaus den Tatsachen entsprechen: Deutschland werden die Kosten der französischen Saartruppen einfach in Rechnung gestellt, das sie bezahlen muß, da ja Frankreich über die Zahl seiner Besatzungstruppen noch niemals wahrheitsgetreue Angaben gemacht hat. D. Schriftl. d. „S.-Z.“)

Aus den Ausführungen Mr. Drmsby-Gere ergibt sich im übrigen, daß hinsichtlich der Ernennung Kohnmanns zum saarländischen Mitglied nicht nur mündliche, sondern schriftliche Abmachungen getroffen worden waren, die von den beteiligten Regierungen unterzeichnet wurden. Die Vorschläge der Saargebietsbevölkerung waren dabei aber nicht berücksichtigt. Von diesen Abmachungen war Lord Parmoor nicht unterrichtet worden.

In der Oberhaus-Sitzung

Vom 2. April kam man ebenfalls auf die Saarfragen zu sprechen, nachdem man sich eingehend mit dem Völkerbund beschäftigt hatte. Graf Buxton richtete die Anfrage an die Regierung, ob sie dem Hause keinen Bericht über die Tätigkeit des Völkerbundsrats in der letzten Genfer Sitzung geben könnte. Lord Parmoor, der darauf das Wort ergriff, verbreitete sich zunächst über die Stellung und Tätigkeit des Völkerbundes und wandte sich dann der Saarf Frage zu, worüber er ausführte:

Ich war stets der Ansicht und bin es auch heute noch, daß an dem, was der Völkerbundsrat und die Völkerbundsversammlung bezüglich des Saargebietes getan haben, zum großen Teile eine scharfe Kritik geübt werden kann. Ich möchte nun nicht im kritischen Sinne sprechen, aber der Fall ist äußerst schwierig und wurde in einer nicht ganz zufriedenstellenden Weise gehandhabt. Niemand hat mehr gearbeitet als der ehrenwerte Lord — ich meine dieses im wahrsten Sinne des Wortes —, aber ich glaube nicht, daß wir schon bei der besten Lösung angekommen sind. Es bestehen drei Punkte, deren jeder für sich allein betrachtet werden will. Der erste Punkt, im gewissen Sinne vielleicht der geringste, und doch ein sehr wichtiger, behandelt

die Haltung der Rheinlandkommission,

die gewissen Einwohnern des Saargebietes nicht erlaubt, dasselbe zu verlassen, denn wollten sie dasselbe verlassen, so müßten sie das besetzte Rheinland durchqueren. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nach den Artikeln des Friedensvertrages Saareinwohner, welche im Saargebiet wohnen, berechtigt sind, das besetzte Gebiet zu durchqueren, aus- und einzugehen ganz nach Belieben. Einigen Personen aber wurde die Durchfahrt durch das besetzte Gebiet verboten, aus Vorsicht, sie könnten Unruhe und Durcheinander im besetzten Gebiete verursachen. Diese Angelegenheit wurde von einer Reihe Juristen bearbeitet, die ihr Gutachten darüber abgaben. Gottlob ist die Angelegenheit jetzt erledigt, und ich hoffe, auf die bestmögliche Weise. Das Verbot ist zurückgezogen worden, so daß die Deutschen, die praktisch interessiert waren, im besetzten Gebiet aus- und eingehen können. Es ist aber verfügt worden, daß sie bei ihrer Durchfahrt durch das besetzte Gebiet nicht die Bahnstrecken verlassen dürfen. Es scheint eine einfache und selbstverständliche Lösung zu sein, und doch hat es einige Zeit gedauert, bis man zu ihr gelangt ist. Als man bei der letzten Ratstagung in Genf auf diese Angelegenheit zu sprechen kam, teilte man uns mit, daß diese Angelegenheit eine für alle Parteien zufriedenstellende Lösung erfahren habe; so war ein Punkt, mit dem wir uns zu befassen gehabt hätten, auf verständige Weise erledigt worden.

Der nächste Punkt befaßte sich mit der örtlichen Gendarmerie im Saargebiet.

Die Schwierigkeit bestand stets in der Schaffung einer örtlichen Gendarmerie, und es wurde der Wunsch geäußert — ich möchte mich hierbei jeglichen Urteils enthalten — an Stelle der fehlenden örtlichen Gendarmerie französische Truppen zu verwenden, da die Regierungskommission ja die Pflicht hat, jederzeit Personen und Eigentum zu schützen.

Wie ist die augenblickliche Lage? Es wurde ein Antrag eingebracht, die örtliche Gendarmerie um 500 Mann zu vermehren, was eine angemessene Vermehrung für ein Jahr wäre. Mr. Stephens, ein Kanadier und Schatzkanzler, hielt dem entgegen, daß die vorhandenen Mittel eine derartige Vermehrung im laufenden Jahre nicht zuließen. Der angeführte Grund war der, daß einerseits eine beträchtliche Schwierigkeit im Eisenbahnverkehr und andererseits ein hunderttägiger Streik im Bergwerksgebiet des Saargebietes bestanden hätten. Als Vertreter Großbritanniens erhob ich Protest gegen ein Hinausziehen der Vermehrung der örtlichen Gendarmerie und schließlich wurde auf meinen Vorschlag hin beschlossen, falls die vorhandenen Mittel im laufenden Jahre eine Vermehrung der örtlichen Gendarmerie zuließen, eine Vermehrung über die im Voranschlag des Saargebietes vorgesehene Höhe vorzunehmen. Ich wünschte, wir hätten mehr tun können, aber es ging nicht. Jedoch wurde versprochen, die örtliche Gendarmerie so schnell wie möglich auf die gewünschte Stärke zu bringen. Wenn dies erreicht ist, fällt jede Berechtigung für die Beibehaltung der französischen Truppen weg.

Ein weiterer Punkt, an den sich die erregte Debatte anschloß, war folgender: Die Regierungskommission des Saargebietes ist ausschließlich vom Völkerbund ernannt worden. Sie besteht aus fünf Mitgliedern, von denen eines ein Vertreter der Saarbevölkerung ist.

Aus gewissen Gründen

war es schwierig gewesen, einen richtigen Vertreter der Saarbevölkerung zu finden, und ab Ende letzten Jahres schlug der ehrenwerte Viscount, nach meiner Ansicht, den rechten Kurs ein, in gewissem Sinne den einzigen. Er sagte, Großbritannien wünsche, daß die Person, die die Saareinwohner zu vertreten habe, auch ein wirklicher Vertreter dieses Gebietes sei. Dieser Ansicht entsprechend schlug er drei Vertreter vor, die diese Bedingungen erfüllen sollten. Einer von ihnen war Herr Kohnmann und nach vielen Anfragen des Auswärtigen Amtes — und der ehrenwerte Viscount selbst richtete solche Anfragen — willigte man tatsächlich ein, Herrn Kohnmann als Vertreter der Saarbevölkerung zu ernennen. Heftige Kritik wurde an dem britischen Vertreter geübt, daß er — soweit ich informiert bin — nicht die Wahl anderer Personen unterstützt habe. Ich hatte Gelegenheit, Vertreter der Saarbevölkerung zu sprechen. Von den 30 Vertretern des Landestates waren 23 bei dem Interview zugegen. (Soll wohl heißen: Von den 30 Vertretern des Landestates waren die Delegierten von 24 bei dem Interview zugegen. Die Red.) Ich glaube, sie sprachen nachher ihre Dankbarkeit aus, daß diese Angelegenheit nicht nur in dieser Richtung geregelt worden ist, sondern überhaupt, soweit sie ihre Interessen berührten.

Lord Parmoor gab hierauf einige Daten aus dem Lebenslauf Kohnmanns wieder und fuhr dann fort: Es ist eine Tatsache, daß der ehrenwerte Viscount und das Auswärtige Amt dieses Landes äußerst darauf bedacht waren, einen Mann zu erwählen, den sie für einen geeigneten Vertreter des Saargebietes hielten. Nach schwierigen Verhandlungen kamen sie mit Herrn Hanoteaux zu einer Verständigung und Herr Kohnmann wurde einstimmig gewählt, wie auch nicht anders zu erwarten war, wenn man bedenkt, wie vorsichtig man bei seiner Wahl und dem Vergleich zwischen dem ehrenwerten Viscount, meinem Vorgänger, und dem französischen Vertreter vorgegangen war. Sicher sind nun die erhobenen Vorwürfe, die Wünsche der Saareinwohner seien bei der Wahl des Herrn Kohnmann nicht respektiert worden, durch die Ausführungen, die ich Eurer Lordschaft eben gemacht habe, zerstreut. (?) In einigen Zeitungen wurde tatsächlich Herr Kohnmann als ein Mann hingestellt, dem man keine Verantwortlichkeit zutrauen könne; er sei ein Mann ohne Autorität und Kenntnis der Saarbevölkerung. Das Gegenteil ist der Fall. Ein weiterer Vertreter war zu wählen; nach Vorschlag sollte er Spanier oder Norweger sein. Die Erkundigungen über den Spanier lauteten äußerst günstig. Ich sage das, da ich auf Seiten der Minderheit wählte. Ich gab meine Stimme nicht für den Spanier ab, sondern wählte den Norweger. Aber niemand wird behaupten können, daß der Spanier nicht geeignet gewesen sei, seinen Platz in der Regierungskommission des Saargebietes zu erfüllen. Ich lege besonderen Wert darauf, daß diese Angelegenheit genau verstanden wird, denn nach meiner Ansicht wäre es

eine ausgesprochene Pflichtverletzung, wenn ein Ratsmitglied nicht mit äußerster Sorgfalt darauf achten würde, daß die Regierungskommission des Saargebietes genau mit den Artikeln des Friedensvertrages in Einklang gebracht wird.

Nach Lord Parmoor ergriff Viscount Cecil of Chelwood das Wort, der seine Abmachungen mit dem französischen Vertreter über Kohnmann verteidigte. Hinsichtlich der Kritik, die die Ernennung Kohnmanns im Saargebiet gefunden hat, behauptete Viscount Cecil, daß es im Saargebiet einen Kreis Menschen gibt, denen gar nichts daran gelegen ist, daß die Regierungskommission etwas erreicht (eine Behauptung, der man die französische Propaganda aus jedem Wort herausmerkt. Die Kritik an der Saarregierung richtet sich gegen ihre rein französische Einstellung und gegen ihre Französisierungsmahnahmen, die doch auch dem ehrenwerten Viscount nicht ganz unbekannt sind. D. Schr. d. S.-Kr.). Am Ende von 15 Jahren werden die Saareinwohner eine Entscheidung herbeizuführen haben. Sie werden zu entscheiden haben, ob sie einen Anschluß an Frankreich wünschen, oder wieder an Deutschland zurückfallen, oder eine Fortdauer des gegenwärtigen Regimes haben wollen.

Niemand glaubt

— ich sage dies ganz offen —, daß sie für einen Anschluß an Frankreich stimmen werden. Diese Alternative kann vollkommen als erledigt betrachtet werden. Sie mögen für eine Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes stimmen, und es ist sehr natürlich, daß diejenigen, die den vollen Wiederanschluß an Deutschland wünschen, auch darauf bedacht sind, daß die Regierungskommission des Saargebietes keinen allzu großen Erfolg zeitige, damit ihre Mitbürger — wie sie fürchten — nicht irregeführt werden und womöglich für die Beibehaltung des jetzigen Regimes ihre Stimme abgeben könnten. Daher kann man nicht einige der energischsten Leute des Saargebietes fragen: „Wen wollen Sie?“, denn sie könnten sich für einen entscheiden, dessen Haupttrachten dahin hinausgeht, alles in Unordnung zu bringen. Nach meiner Ansicht müßten die Saareinwohner unbedingt befragt werden. Das ist äußerst wichtig. Ich glaube nicht, daß bei der Wahl des Saarmitgliedes schon das letzte Wort gesprochen worden ist, aber es befriedigt mich, daß man zu dieser Lösung nicht dadurch gekommen ist, daß man die Personen genommen hat, die die am lautesten schreienden Einwohner dem Räte aufzwingen wollten.

Ueber die Gendarmerie bin ich nicht so befriedigt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die wirkliche Kritik an der Verwaltung des Saargebietes sich nicht auf das bezieht, was die Saarregierung getan hat, wenigstens soweit es die Regierung betrifft. Meiner Ansicht nach war es eine gute Regierung, sicher aber eine wirtschaftliche. Seit ihrem Bestehen hat es noch keine Störung gegeben, und im ganzen habe ich noch keinen Beweis für etwaige große Ungerechtigkeit gefunden. Meiner Ansicht nach ist sie im ganzen eine gute Regierung, aber unzweifelhaft ist ihr Gebrechen das, daß sie den Anschein (?) erweckt, eine französische Regierung zu sein. Ich möchte nichts gegen die Franzosen sagen, aber unzweifelhaft liegt hier der Grund dafür, daß sie sich so unpopulär mit einem großen Teil der Bevölkerung macht, und alles, was diesen Anschein unterstützt oder wahr erscheinen läßt, ist unklug. Deshalb sage ich persönlich, ich glaube sicher, der ehrenwerte Lord geht darin mit mir konform, je eher die französischen Truppen zurückgezogen werden, desto besser ist es — und wenn sie nicht sofort zurückgezogen werden können, so sind sie wenigstens zu vermindern.

Ich habe nie ganz verstanden, warum es überhaupt nötig ist, so viele Truppen dazubehalten. Das Saargebiet ist ein kleiner Fleck. Es ist höchstens 30–40 Meilen groß und verfügt über ein bewundernswertes Eisenbahnnetz. Die Notwendigkeit, überhaupt Truppen dazubehalten, will mir nicht recht einleuchten, ebensowenig, weshalb die Truppen nicht nur an den Grenzen aufgestellt werden, sondern im Innern des Saargebietes untergebracht werden müssen. Ich gestatte mir, den ehrenwerten und erfahrenen Lord darauf aufmerksam zu machen, daß hier ein zu erstrebendes Ziel liegt, welches er für die Zukunft im Auge behalten möge.

Ueber einige Ausführungen der englischen Parlamentarier wäre zweifellos manches zu sagen. Zum Teil spricht aus ihren Ausführungen eine Anschauung, wie sie sich aus der französischen Beeinflussung gebildet hat. Auf jeden Fall vermischt man die Aufklärung von deutscher Seite durch Presse, Parlament und Regierung — siehe oben. Auf der anderen Seite aber ist nur noch einmal festzustellen, daß man sich in England mit der Saarfrage mit zunehmendem Verständnis und weitgehender Loyalität beschäftigt — am 21. Mai z. B. befaßte sich das englische Kabinett fast zwei Stunden mit der Saarfrage —, mit zunehmendem Verständnis und sachlichem Interesse — zur Beschämung Deutschlands.

Saarfragen vor dem Völkerbundsrat.

Die Gesamtverantwortlichkeit der Regierungskommission festgelegt. — Zwei deutsche Noten über die französischen Saartruppen und über die Einfuhr deutscher Waren verlegt!

Am 11. Juni trat der Völkerbundsrat, diesmal unter dem Vorsitz des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš, zu seiner 29. Tagung in Genf zusammen. Da verschiedene Saarfragen auf der Tagesordnung standen, so hatte sich wieder eine Abordnung des Saarlandrats in Genf eingefunden. Unter anderem sollten behandelt werden die Frage der Einfuhr deutscher Waren in das Saargebiet, die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet, ein englischer Antrag, der die Festlegung der Gesamtverantwortlichkeit der Saarregierung forderte usw. Der Antrag verweist auf die bereits im Juli v. Js. festgelegten Grundsätze der Gesamtverantwortlichkeit der Saarregierung. Wenn es notwendig wurde, erneut sich mit dieser Frage zu befassen, so beweist das, wie sehr sich der Präsident der Regierungskommission, Herr Kault, um die Anweisungen des Völkerbundes kümmert. Anlaß zu diesem Schritt geben die zahlreichen Proteste der Stadt- und Gemeindeverwaltungen des Saargebiets an den Völkerbund, weil die Regierungskommission den ehrenamtlich gewählten Beigeordneten die Bestätigung versagte angeblich wegen der Haltung der Gewählten gegenüber den durch den Versailler Vertrag im Saargebiet geschaffenen Verhältnissen. In dem Protest der Stadt Saarbrücken wurde hervorgehoben, daß der wahre Grund der Ablehnung nur darin zu suchen sei, daß von den Nichtbestätigten gegen die von der Mehrheit der Kommission betriebene den französischen Interessen dienende Politik protestiert worden sei, die Nichtbestätigung sei also eine Maßnahme, die sich gegen ehrliche Deutsche richte. In einer Entschließung des Gemeinderats Völklingen heißt es u. a.: Wie anderwärts, so erweckt es auch hier den Eindruck, daß das Ministerium des Innern (das bekanntlich Herr Kault innehat) unter Loyalität nur die kritiklose und bedingungslose Anerkennung aller seiner Maßnahmen versteht, auch wenn diese nach dem Urteil der Bevölkerung mit dem Buchstaben und Geist des Versailler Vertrages in Widerspruch stehen.

Der Präsident Kault der Regierungskommission hat nun an den Generalsekretär des Völkerbundes auf diese Proteste hin geantwortet. Darin heißt es, die Beigeordneten müßten gewisse Garantien bieten, und die Aufsichtsbehörde müsse vor der Bestätigung die Überzeugung haben, daß sie die rechtmäßige Regierung des Landes anerkennen und bereit seien, in loyaler Weise mit der Regierung zusammenzuarbeiten.

Aus diesem Schreiben des Herrn Kault an den Völkerbund ging unverkennbar hervor, daß er die erwähnte Entscheidung persönlich und ohne Einvernehmen mit den übrigen Regierungsmitgliedern getroffen hatte. Die Begründung seiner Maßnahmen ist um so eigenartiger, als er die kommunistischen Beigeordneten ausnahmslos bestätigt hat, obwohl doch bekannt ist, daß die Kommunisten niemals die durch den Friedensvertrag im Saargebiet geschaffenen Verhältnisse anerkannt haben. Trotzdem sehen Präsident Kault und seine Regierungskommission in den kommunistischen Beigeordneten Mitglieder einer staats-erhaltenden Partei!

Die englische Regierung hat daraufhin in einem Briefe an den Generalsekretär des Völkerbundes vom 26. Mai 1924 darauf hingewiesen, daß dieses persönliche Vorgehen des Herrn Kault in Widerspruch zu den Vertragsbestimmungen, und angesichts der Bedeutung der Frage eine Stellungnahme des Rates erfordert. Der Präsident der Regierungskommission suchte darauf in einem weiteren Briefe an das Völkerbundsgeneralsekretariat die Übereinstimmung seiner Haltung mit den Bestimmungen des Vertrages durch die nachträgliche Mitteilung zu beweisen, daß die betreffenden Nichtbestätigungen von Beigeordneten angeblich die Zustimmung der gesamten Regierungskommission gefunden hätten. Obgleich letzteres tatsächlich in der Verhandlung am 16. Juni in Genf nicht geklärt werden konnte, bot doch der zweite Brief des Präsidenten dem französischen und auch dem italienischen Ratsmitglied die Handhabe zu der Feststellung, daß auch Herr Kault die Kollektivverantwortung anerkenne und damit das Einverständnis über die Auslegung der Befugnisse der Regierungskommission als bekräftigt gelten könne. Auf Grund dieser Feststellung stimmte der Völkerbundsrat, ohne den konkreten Fall weiter zu berühren, also grundsätzlich, der von Lord Parmoor ausführlich vertretenen These von der Kollektivverantwortlichkeit der Regierungskommission zu. Besonders wichtig in der Er-

klärung Parmoors ist in diesem Zusammenhange folgende Schlussfolgerung:

Die englische Regierung ist der Ansicht, daß, wenn eine von einem Mitglied der Regierungskommission ergriffene Verwaltungsmassnahme zu Zweifeln Anlaß gibt, zu einer Rechtfertigungsorder, diese Rechtfertigung ausdrücklich von allen Mitgliedern der Regierungskommission gebilligt werden muß. Die englische Regierung ist weiter der Ansicht, daß alle an den Völkerbund gerichteten Berichte, wenn sie auch vom Präsidenten unterzeichnet sind, im Namen der gesamten Regierungskommission und unter ihrer Kollektivverantwortung ausgearbeitet werden müssen.

Die deutsche Regierung fordert Festsetzung eines Termines zur militärischen Räumung des Saargebietes.

Unter dem 30. Mai hatte die deutsche Regierung eine Note an den Völkerbundsrat gerichtet, worin sie gegen die Belassung der französischen Truppen im Saargebiet protestiert und verlangt, daß im Interesse einer ungeschädigten und unbeeinflussten künftigen Volksabstimmung für das Aufheben der Besetzung ein Termin bestimmt werde. Weiter wird die in dem Saarstatut vorgesehene Bildung einer örtlichen Gendarmerie gefordert.

Auf Antrag des italienischen Ratsmitgliedes Salandra, der über die Saarfrage berichtete, beschloß der Rat, die deutsche Note vom 30. Mai über die Gendarmerie und die französische Truppenbesatzung im Saargebiet, die der Regierungskommission des Saargebiets zunächst zur Stellungnahme zugesandt wurde, erst auf die nächste Tagesordnung des Völkerbundsrats zu legen. Salandra sprach dabei mit Zustimmung des Rates der Regierungskommission seine Genugtuung über die jüngst beschlossene Erhöhung der lokalen Gendarmerie aus, ohne allerdings, wie er hinzufügte, damit der durch die deutsche Note aufgeworfenen Frage der Festsetzung eines Räumungstermins für die französische Besatzung vorzugreifen.

Man muß es nachgerade als eigenartig bezeichnen, daß der Völkerbundsrat in der Frage der französischen Saartruppen nie zu einer Entscheidung kommen kann, obwohl hier eine Vertragsverletzung vorliegt, die von Frankreich schon seit fast fünf Jahren geübt wird. Immer schiebt man eine klare und eindeutige Entscheidung wieder auf die nächste und wieder nächste Sitzung. Es ist an sich erfreulich, daß die deutsche Regierung sich wieder einmal zu einer Note in der Saarfrage aufgerafft hat, eine besondere Bedeutung scheint man ihr aber nicht beigelegt zu haben, denn sie selbst hat der Öffentlichkeit davon keine Kenntnis gegeben, vielmehr mußte die Unterrichtung erst von französischer Seite erfolgen. Ob es ferner praktisch war, dem Völkerbundsrat diese Note erst kurz vor seinem Zusammentritt zu übermitteln, ist eine Frage, die durch den Beschluß des Rates die beste Beantwortung erfahren hat. Schließlich ist zu dem Punkt noch zu erwähnen, daß Salandra zwar der Regierungskommission seine Genugtuung für die jüngst beschlossene Vermehrung der örtlichen Gendarmerie — also für eine im Saarstatut festgesetzte Maßnahme — aussprach, es aber unterließ, zu rügen, daß trotzdem noch keine Vorkehrungen getroffen wurden, die französischen Saartruppen entsprechend zu vermindern.

Noch ein deutscher Protest.

In einer zweiten Note protestierte die deutsche Regierung dagegen, daß die Regierungskommission die nach dem Vertrag gestattete zollfreie Einfuhr von für den örtlichen Gebrauch bestimmten deutschen Waren verhindert. Diese Frage wurde selbstverständlich ebenfalls auf die nächste Tagung des Rates verschoben, auf einen Zeitpunkt also, an dem ihre Erörterung nur noch theoretischen Wert hat, da er unmittelbar vor der völligen zollpolitischen Abschneidung des Saargebiets von Deutschland liegt. Da die Regierungskommission des Saargebietes den im Friedensdiktat verzeichneten Begriff des „Verbrauchs für das Saargebiet“ anders auslegt als die deutsche Regierung und die Interessenten des Saargebiets, so soll zunächst die Antwort der Regierungskommission des Saargebiets abgewartet und der deutschen Regierung übermittelt werden. Ob, weiser, weiser Völkerbund — mit solch „praktischer Arbeit“ wirst du die Rechte des Saargebiets so lange wahren, bis die vollendeten Tatsachen französischer Annexionen sie verschluckt haben. Und alle Pazifisten und Völkerbundsfanatiker jubeln seiner „Weisheit und Gerechtigkeit“ zu.

Abbau der deutschen Schule im Saargebiet.

Weiterer Ausbau der französischen Schule.

Durch die Anfrage der sozialdemokratischen Landesratsfraktion im Saarlandestat hat sich ergeben, daß die Schulabteilung der Saarregierung durch verwaltungsmäßige Sabotage der deutschen Schule systematisch zu schaden sucht. Aus einer Interpellation, die die sozialdemokratische Stadtratsfraktion von Saarbrücken am 20. Mai einbrachte, geht hervor, daß auf dem Verordnungswege ein starker Vorstoß der Schulabteilung gegen die deutsche Schule im Saargebiet beschlossen ist, der die politischen Ziele dieser Maßnahmen nicht verschleiern kann. Es unterliegt also keinem Zweifel mehr, daß nicht nur eine durchsichtige Schlamperie von den Herren Kottion, Colling und Vaterrodt gewollt, sondern ein regelrechter Abbau der deutschen Schule und ein systematischer Ausbau der französischen Schule vorbereitet wurde.

In der erwähnten Stadtverordnetenversammlung kam folgende sozialdemokratische Interpellation zur Besprechung:

Die Schulabteilung der Regierungskommission hat nach unseren Informationen bereits damit begonnen, die Klassenfrequenz in den deutschen Volksschulen der Stadt Saarbrücken durch Zusammenlegung von Klassen auf 40 bis 50 Schüler zu erhöhen. Im Gegensatz hierzu hat sie, wie wir schon gelegentlich der Etatsberatung ausführten, die Frequenzsiffer in Schulen mit französischem Unterricht auf 35 begrenzt. Die durch die Zusammenlegung der Schulklassen in der Stadt Saarbrücken überflüssig werdenden Lehrkräfte sollen unseres Wissens auf das Land veretzt werden.

Wir richten daher an die Stadtverwaltung die Frage, ob sie von diesem Vorgange Kenntnis hat, und was sie gegen diese, für die deutsche Volksschule sehr gefährliche Maßnahme der Regierungskommission zu tun gedenkt.

Aus einer Bemerkung des Beig. Kühring geht hervor, daß der Stadt bisher eine dienstliche Mitteilung von diesem Vorhaben nicht zugegangen ist.

In der Begründung der Interpellation führte Stadtv. Lehrer Allenberg u. a. aus, daß über die vorbereitenden Maßnahmen der Schulabteilung der Saarregierung, auch wenn der Stadt bisher keine Mitteilung zugeht, kein Zweifel mehr bestehe. Die Klassenzusammenlegung und die Heraushebung der Klassenfrequenz sei beschlossene Sache. Wenn man sich bei dem Abbau der deutschen Volksschulen auf das Reich berufen wolle, so sei festzustellen, daß in Deutschland eine schwere Notlage besteht, die durch Reparationen und anderes noch vergrößert werde. Man ist aber auch in Deutschland davon abgekommen, einen Abbau bei den Volksschulen vorzunehmen. Schulabbau bedeutet Abbau der Bildungsmöglichkeit des ganzen Volkes. Es bestehe kein Grund, daß im Saargebiet ein Schulabbau bei den deutschen Volksschulen erfolge. Aus welchen Absichten schreite die Regierungskommission zu solchen Maßnahmen? Aus Sparsamkeit? Wenn sie sparen wolle, müßte sie zuerst bei den hohen Gehältern beginnen, die lehtin in der Presse bekanntgegeben wurden. Oder sollten 48 000 Franken nicht mehr als ausreichend sein? Die Absichten würden schließlich auch aus anderen als Sparsamkeitsgründen erklärt. Man brauche bloß zu beobachten, daß dem Abbau der Volksschulen ein Aufbau der französischen Schulen gegenüberstehe.

Der Abbau der deutschen Volksschulen bestehe eigentlich schon lange durch den systematischen Personalabbau. Die vorübergehende niedrigere Klassenfrequenz sei durch die Kriegsfolge verursacht und werde, sobald die Kinder der Jahrgänge 1919 der Schule zugeführt werden, wieder in die Höhe schnellen. Man solle sich doch freuen, daß auch für die Volksschulen die Klassenfrequenz auf eine kleinere Zahl herabgesetzt wird. Eine bessere Durchbildungsmöglichkeit der Schüler sei doch dadurch ermöglicht, wie es ja auch bei den höheren Schulen ist und den neuzeitlichen pädagogischen Anforderungen entspricht.

Die Rehrseite zeige aber auch, daß der Aufbau des französischen Sprachunterrichts bei den Volksschulen eifrig betrieben werde und einen bevorzugten Platz im Stundenplan einnehme, andere Fächer müßten dafür zurücktreten.

Die Klassenfrequenz der französischen Schulen sei auf 35 Schüler festgesetzt, bei der deutschen auf 50. Es solle auch geplant sein, die Lehrer, die Französisch geben, um eine Gruppe höher zu besolden. Ueberall entstünden neue französische Schulen. Alle Mittel würden angewandt, um bei der Abstimmung 1935 Trümpfe in der Hand zu haben. Für den Uebertritt aus den Volksschulen in die französischen Schulen seien Erleichterungen geschaffen, und die Schulschwänzer, die sich der Strafe entziehen

wollen, würden freudig aufgenommen. Abbau der deutschen Schulen, Aufbau der französischen — das kennzeichne das Ziel der Regierungskommission. Man schide heute sogar Wanderlehrer hinaus, die einzelnen Kindern (!!) französischen Unterricht erteilen. Diese Leute würden nicht von den Franzosen, sondern von den Steuerzahlern des Saargebiets besoldet. In allen Klassen dringe der französische Unterricht vor. Es müsse also Vorsicht geübt, und darauf gesehen werden, daß die deutsche Schule geschützt werde. Die deutsche Volksschule sei aber für uns ein Kleinod, das wir beschützen müssen. Deshalb: keine Klassenzusammenlegung, kein Personalabbau, denn ein Abbau bedeute Schwächung des Deutschtums.

Stadtverordneter Pfarrer Halle (Deutsch-Saarländische Volkspartei) stimmt dem Vorredner zu und nimmt den gleichen Standpunkt ein. Während man sonst mit vollen Händen das Geld hinauswerfe, solle hier am falschen Ort gespart werden. Deshalb heiße es festhalten: Wir stehen hier als Verteidiger des deutschen Volkstums. Wir lassen uns nichts aufdrängen und werden immer wieder betonen, daß das Saargebiet dem Völkerbund zu treuen Händen, also zur Erhaltung des Bestehenden anvertraut wurde. Es ist schmerzhaft, wenn man sieht, wie viele Kinder von den Eltern aus Zustimmung oder um kleiner Vorteile und Versprechungen willen, von denen man gar nicht weiß, ob sie sich erfüllen, in die französische Schule gebracht werden. Wir fordern, daß die deutsche Volksschule in ihrem vollen Bestand erhalten bleibt. Für unsere Kinder ist die beste Schule mit kleiner Frequenz gerade gut genug.

Stadtverordneter Hemmerling (Ztr.) schließt sich den Vorrednern an. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Stadtverwaltung dafür einsetzt, um einen Abbau zu verhindern. Es gelte, sich zu wehren gegen eine höhere Klassenfrequenz und einzutreten für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Volksschule. Nicht alle Kreise erfüllten ihre Pflicht. Auf die Eltern müsse eingewirkt werden, daß sie nicht aus Kleinlichkeiten ihre Kinder der französischen Schule zuwenden. In der letzten Zeit werde eine Agitation von Haus zu Haus für die französische Schule.

Stadtverordneter Allenbach (Soz.) bemerkt, daß das Finanzamt nur vorgeschoben sei, um die wahren Absichten der Regierung zu verschleiern. Man wolle der deutschen Schule an den Kragen, um die Kinder in ihrer Gefinnung zu beeinflussen.

Stadtverordneter Bode (Kommunist) spricht sich ebenfalls gegen das Vorhaben der Regierung aus.

Stadtverordneter Hillenbrand (Zentr.) weist auf die Man. im Saargebiet hin und fordert treues Zusammenstehen von Eltern und Lehrern, damit das französische Kapital uns nicht erdrücke. Es müsse endlich der Bahn zerstört werden, in der französischen Schule werde tüchtiges gelehrt.

Stadtverordneter Genosse Schäfer empfiehlt, für Aufklärung der Bevölkerung über die französische Schule und ihre Bestrebungen im Saargebiet zu sorgen. Alle Parteien müssen sich darum bemühen. Wir haben auf diesem Gebiete bisher unsere Pflicht getan und gefunden, wie in einer Versammlung in einem größeren Orte des Saargebiets, daß unter mehr als tausend Teilnehmern nur zwei sich bedingungslos für die französische Schule erklärten, während die große Anzahl der Versammelten sie mit Entschiedenheit ablehnte.

Bürgermeister Dr. Reikes führt zum Schluß aus: Wenn man das Verhalten der Eltern, die ihre Kinder in die französische Schule schicken, prüft, so muß man feststellen, daß nur in den wenigsten Fällen die Absicht zu geistiger und moralischer Förderung der Kinder vorliegt. Aus kleinsten Ursachen heraus, aus Verärgerung usw. handelt man vorschnell. Vielfach werden die Kinder wieder aus der französischen Schule zurückgeschickt, mit dem Bemerkten, sie seien nicht reif für diese Schulen. Das kommt daher, daß die Kinder vorher nicht geprüft wurden, man hat sie einfach genommen aus ganz andern Gesichtspunkten heraus. Diese Kinder haben dann 2 Jahre verloren. Mit dem neuen Minister für Kultus und Schulwesen hatte ich eine Aussprache über die Schulfrage. Der Minister hat sich bereit erklärt, die Frage objektiv zu prüfen. Einschlägiges Material habe ich dem Minister unterbreitet und es ist Sache jedes Stadtverordneten, das gleiche zu tun.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärte es als ihre Auffassung, daß kein Abbau der deutschen Schule erfolgen darf.

Nationales Empfinden?

Unter der Überschrift: „Elsass-Lothringen dem Deutschland verloren? — Eine Erwiderung“ wendet sich in der „Grenzland-Korrespondenz“ eine Zuschrift aus dem Elsass gegen einen kürzlich in der „Vossischen Zeitung“ in Berlin erschienenen Aufsatz des Herrn Dr. Grautoff, der sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen im Elsass beschäftigt. In der Erwiderung wird ausgeführt:

Die französischen Propagandaorgane im Rheinland, das „Echo du Rhin“ und das Koblenzer „Nachrichtenblatt“, ebenso die dänisch-ententistische „Neue Flensburger Zeitung“, daneben natürlich die gesamte französische Presse, sie alle geben einen Aufschluß wieder, den ein deutscher Berichterstatter über seine Erfahrungen und Eindrücke auf einer Reise nach Elsass-Lothringen in der Berliner „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht hat.

Dr. Grautoff, von dem eine redaktionelle Bornotiz der „Vossischen Zeitung“ feststellt, daß er „zu den besten deutschen Kennern unserer westlichen Nachbarn gehört“, hat im Auftrage des Blattes Frankreich bereist; in einem ersten Aufsatz, „Hinter der Front in Frankreich 1924“, hat er einen breiten Raum der Frage gewidmet, wie „die festgefügte Einheit Frankreichs auf Elsass-Lothringen gewirkt hat.“ Der Artikel kommt zu Ergebnissen, die mit Recht sensationell zu nennen wären, ... wenn sie zutreffend sein sollten. Sie sind es in keiner Weise; sie sind aber derart bezeichnend für die falschen Auffassungen, die ein oberflächlicher Beobachter von dem heutigen Elsass haben kann, daß es im allgemeinsten Interesse gelegen ist, den Dingen etwas nachzugehen. Es kann sich hier naturgemäß nicht darum handeln, etwa Punkt für Punkt den Gegenbeweis zu führen. Das würde eine Broschüre oder ein Buch erfordern. Aber einzelne besonders deutliche Beispiele dafür, daß das Gesamtbild völlig falsch gesehen ist, sollen angeführt werden.

Zunächst aber noch eine Vorbemerkung, die an sich schon stichig machen muß: Während die französische Presse und die von Frankreich ausgehaltenen Organe in aller Welt großes Triumphgeschrei — und von ihrem Standpunkt aus unbedingt mit Recht — erheben, sind die Blätter, die am ehesten voller Rönne die Grautoffschen Feststellungen übernehmen sollten, still und stumm; mit andern Worten: die gesamte elsass-lothringische Presse scheint sich geradezu zu genieren, derartig Angereimtes wiederzugeben. Soweit sie in deutscher Sprache erscheint, und das ist die überwältigende Mehrheit, schweigt sie völlig oder bringt sie an völlig unauffälliger Stelle sieben oder acht Zeilen über den Inhalt; nur die auf den Verleumdung der eingewanderten Franzosen eingestellten Blätter, wie das „Journal d'Alsace et de Lorraine“ und die französische Ausgabe der „Straßburger Neuen Zeitung“ geben eingehender Bescheid!

„Das ganze Straßenbild ist französisch“, heißt es von Straßburg, „französische Ladenschilder, französische Plakate, französische Aufschriften auf den Trambahnen.“ Das wird kaum jemand bestreiten wollen; es hat aber seinen Grund darin, daß mit polizeilichem Zwang dafür gesorgt wird, daß auch rein äußerlich nichts aus dem Rahmen herausfällt, den die französischen „Befreier“ für die Wirkung auf das Auge für nötig erachten. Nach den Wünschen und Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung hat auch da niemand gefragt. So hat die Landespresse wiederholt erfolglos gegen den Wahnsinn protestiert, daß man dem guten Eindruck zuliebe alle Straßenschilder französisiert hat, ohne auch nur vorübergehend die alten deutschen Bezeichnungen daneben noch zu dulden. Aber wie sehr das reine Potemkinsche Dörfer sind, zeigt sich z. B. darin, daß Blätter mit gut französischen Titeln wie „La République“ oder „Humanité“ rein deutsch erscheinen, und nicht einmal mehr wie einst in der ersten Zeit die Konzeption machen, den einen oder anderen Artikel in französischer Sprache zu geben. All das ist pure Neuklerikalität, die aber nicht darüber hinweghilft, daß die Sprachfrage Tag für Tag in der elsass-lothringischen wie in der innerfranzösischen Presse behandelt wird. Neun Zehntel der Bevölkerung spricht deutsch, die allergrößte Zahl der Tages- und Zeitschriftenpresse ist deutsch; die Umgangssprache der breitesten Massen ist elsass-lothringisch, d. h. deutsche Mundart. „Es gibt kein deutsches Theater, keine deutsche Buchhandlung, keine deutsche Zeitung von Rang“, berichtet demgegenüber Grautoff und fügt hinzu: „Das alles extrahiert der Elsäßer ohne zu murren.“ Ich frage mich, woher diese Weisheit stammen kann. Den Tatsachen entspricht sie so wenig, daß gerade dieser Punkt keiner ernstlichen Widerlegung bedarf. Die Presse aller Richtungen vertritt das Recht auf die Muttersprache, brandmarkt die Unmenslichkeit und Unvernunft, die in der Aufokkupierung des französischen als alleinberechtigten Amtes, Gerichts- und Unterrichtssprache in einem durchweg deutschsprachigen Lande liegt; die Geistlichkeit beider Konfessionen, öffentliche Volksversammlungen allerwärts, Resolutionen aus den verschiedensten Gegenden fordern die Abkehr von diesem geist- und seelentötenden unwürdigen Sprachenausrottungskrieg. Und die Kandidaten der Parteien (auch Eingewanderte!) haben wie früher so auch im

letzten Wahlkampf versprochen, daß sie das Recht der Muttersprache unbedingt verteidigen werden.

Die Fähigkeit des Widerstandes der Bevölkerung hatte den auch einzelne geringfügige Erfolge dort bereits errungen, deren bezeichnendster vielleicht darin gesehen werden darf, daß Abbé Wetterlé nach dem kläglichen Eingehen seines chauvinistischen „Nouveau Rhin Français“ seine politische Leitartiklerstätigkeit in hochdeutscher Sprache ausüben mußte, er, der in seinem Blatte es jahrelang als Lüge erklärt hat, daß das Deutsch die Muttersprache des Elsass sei! (Daß diese deutschgeschriebenen Leitartikel übrigens in einem rein deutschgeschriebenen Blatte erschienen sind, würde man auch aus dem Titel nicht merken, „L'Echo d'Alsace et de Lorraine“).

„Es gibt keine deutsche Protestlerpartei, sondern nur einzelne Unzufriedene“, fährt Grautoff fort. Darf ich an den Berichterstatter die Frage richten, ob ihm bekannt ist, daß Versuche, dem Selbstbestimmungsrecht der einheimischen Bevölkerung zur Anerkennung zu verhelfen, von französischer Seite wiederholt im Keim erstickt worden sind? Daß es eine völlige praktische Unmöglichkeit ist, eine Bewegung zu organisieren, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die Enttäuschung, das „Unbehagen“ („le malaise alsacien!“) in die politisch auswertbare Form einer Partei oder Vereinigung bringen würde. Zu wiederholten Malen ist die französische Verwaltung mit der Waffe der Hochverratsanklage vorgegangen; ein Märtyrer der elsass-lothringischen Freiheitsbewegung, der Wühlhauser René César Ley, hat sieben Jahre Zuchthaus zu verbüßen, weil er ... eine freie und unbeeinflusste Volksabstimmung seiner Heimat verlangt hat.

Einer weitreichenden Widerlegung bedarf auch eine weitere Behauptung Dr. Grautoffs nicht, daß nämlich „nach 1918 keine Elite von Altelsässern nach Deutschland gewandert“ sei. Wer einigermaßen in den Dingen Bescheid weiß, den sind zu vielen Duzenden die Namen führender Politiker, Verwaltungsmänner, Intellektueller, Lehrer, Geistlicher beider Bekenntnisse usw. bekannt, die ihre Treue zu Deutschland mit dem Opfer der freiwilligen Aufgabe ihrer Heimat bezeugt haben. Es steht einem deutschen Blatte schlecht an, diese Männer und Frauen mit einer Handbewegung abzutun. Was ist denn eigentlich „Elite“? Der einstige langjährige Straßburger Bürgermeister und letzte elsass-lothringische Statthalter, jetzige Oberpräsident in Kassel, Dr. h. c. Rudolf Schwaner, der verstorbenen Unterstaatssekretär Petri, die Theologen Ulrich und Ehrhard, dieser Dekan der Straßburger katholisch-theologischen Fakultät, Männer wie der Führer der Opposition gegen Wetterlé im elsass-lothringischen Landtag, Ministerialdirektor, Dr. h. c. A. Goeh, wie der frühere Landtagsabgeordnete Paul Wolf (bei der Reichstagswahl Kandidat der Deutschdemokratischen Partei) sind doch auch in den Augen des anspruchsvollsten Beobachters ebenso als geistige Elite des elsass-lothringischen Volkes anzusprechen wie die mehr als 30 protestantischen Pfarrer, die um ihres Deutschtums willen das Elsass freiwillig verlassen haben, wie die führenden Kräfte der Lehrerschaft. Und die drüben geblieben sind, weil sie sich nicht von dem Boden der Väter lösen wollten, sind — soweit sie in deutscher Zeit führend im öffentlichen Leben hervortraten — heute in der Mehrzahl zum Schweigen und zur Untätigkeit verdammt, weil nur die wenigsten die entnervende Heuchelei über sich bringen, ihr Wirken mit blau-weiß-roten patriotischen Phrasen den neuen Herren genehm zu machen! Als Gesamteindruck seines Aufenthalts in Straßburg — das übrige Land hat Grautoff offenbar nicht besucht; er kennt das Elsass auch von früher nicht, wie er selber feststellt! — stellt Grautoff fest: „... Ich sage euch die Wahrheit, die ich erlitt, ins Gesicht: Das Elsass will uns nicht. Die Elsäßer sind uns verloren!“ (!!) Was es mit einer solchen Behauptung auf sich hat, dürfte aus dem Vorangegangenen bereits deutlich sein; kein Mensch kann derartiges behaupten, da das untrügliche Kennzeichen, die allseits im November 1918 erwartete Volksabstimmung über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder die Rückkehr zu Frankreich oder die Selbstständigkeit als neutrale Republik — an die seit Jahrzehnten viele denken — auf Abraten der Wetterlé usw. aus Furcht vor der Bloßstellung der französischen Befreiungstruppen unterblieben ist.

Aber das ist ja gar nicht der Kern der Frage; worauf es bei der „elsass-lothringischen Frage“ ankommt, das ist: Darf im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechts, des Völkerbundes, der Minderheitenrechte ein Staat wie Frankreich rein aus machtpolitischen, strategischen, und dazu aus zentralistisch-staatlichen Erwägungen heraus, einem Volke von anderthalb Millionen anderssprachiger, andersstämmiger Menschen ungestraft, ohne Einspruch der Welt, seine Vergangenheit, seine Wesensart, sein Selbst rauben? Ist es denkbar, daß eine Minderheit von den geistigen und menschlichen Qualitäten der elsass-lothringischen und deutschlothringischen im französischen Staat vergewaltigt und seelisch verkümmert werden kann, ohne daß das Deutschland in

aller Welt diesen Frevel als Frevel an sich selbst verdammt und vor aller Welt brandmarkt?

Es wäre nicht faßbar, wenn gerade ein deutsches demokratisches Blatt vom Range der „Vossischen Zeitung“ solche brutale Machtpolitik etwa rechtfertigen wollte, sei es auch nur dadurch, daß sie dem Brutalen (auf Grund von Beobachtungen, die nicht zum innersten Kern vordringen) bescheinigen würde, daß seine Gewalttätigkeiten Erfolg haben. Die Presse des unterdrückten deutschen Volkes kann ihre Aufgabe nicht darin sehen, den Franzosen zu bescheinigen, daß zielstrebige Macht deutsches Volkstum auszurotten vermag. Ihre Aufgabe liegt im Gegenteil darin, sich zum Anwalt aller Gepeinigten und Unterdrückten zu machen. Dies aber ganz besonders dann, wenn Blut vom eignen Blute, Fleisch vom eignen Fleisch überfremdet wird!

Soweit die Ausführungen in der „Grenzland-Korrespondenz“, Ausführungen, die die außerordentlich schmerzliche Frage anschnitten, welche Stellung die deutsche Presse im allgemeinen den Grenzlandfragen gegenüber einnimmt. Hier ist ein Punkt, der von allen Deutschen, die das Unglück hatten, auf Grund des Versailler Diktats vom deutschen Vaterlande abgetrennt oder auf Grund von Terrormahnahmen von Haus und Hof, aus der Heimat vertrieben zu werden, als dunkler Punkt angesehen wird. Es ist beschämend für die deutsche Presse, welche Untertan sie so oft, ach so oft, über die Dinge an den Tag legt, die das Schicksal des deutschen Volkes betreffen, welche Verständnislosigkeit, welche Gleichgültigkeit sie beweist, wenn es sich darum handelt, den geknechteten deutschen Volksgenossen in den besetzten, bedrohten und vergewaltigten Gebieten beizuspringen. Man darf es guten Gewissens unternehmen, zu behaupten, es stünde besser um die deutschen Belange an Rhein, Ruhr und Saar, in Nordschleswig, Danzig, Memel, Polen, Oberschlesien, in der Tschechoslowakei und überall dort, wo Deutsche gegen ihren Willen einem fremden Machthaber unterstellt sind, wenn die deutsche Presse mit der Gewissenhaftigkeit und Sachlichkeit reiflos Kuser im Streit um Recht und Gerechtigkeit gewesen wäre, wie es ihr als Hüterin aller deutschen Belange, der nationalen Würde und der um ihr Deutschtum ringenden Bevölkerung der betreffenden Gebiete zukommt.

Diese Unterstützung des Kampfes der Deutschen in all diesen unterdrückten Gebieten hat man bisher bei dem größten Teil der deutschen Presse vermisst. Mehr noch. Wie die obigen Ausführungen eines Elsaß-Lothringers nur zu deutlich erkennen lassen, empfindet man die Art und Weise, wie alle diese Gebiete von einem Teil der deutschen Presse behandelt werden, als ein In-den-Rücken-fallen, als eine Erschwerung und Hemmung des Kampfes um die deutschen Belange.

Die Ausführungen, die sich in dem obigen Falle wegen ihrer eigenartigen Stellungnahme in der elsass-lothringischen Frage gegen die „Vossische Zeitung“ richten, sind übertragbar auch auf die Einstellung des genannten Blattes in der Saarfrage. Im Saargebiet wird man es sobald nicht vergessen, daß die „Vossische Zeitung“ während der schwersten Unterdrückung, die das Saargebiet seit dem Waffenstillstand von Seiten der französischen Besatzung und der Regierungskommission für das Saargebiet erfahren hat, nämlich während des Beamtenstreiks im August 1920, nicht nur den um ihre verbrieften Rechte kämpfenden Beamten, sondern der gesamten Bevölkerung in ihrem Abwehrkampf in den Rücken fiel. Auch damals war es ein Sonderbeauftragter der „Vossischen Zeitung“, nämlich Herr Elbau, der sich einbildete, in einem dreitägigen Aufenthalt im Saargebiet das gesamte Saarproblem nicht nur erfasst, sondern auch über die Ziele der Saarregierung in allen Einzelheiten unterrichtet zu sein. Er hat es damals in einer ganzen Artikelserie unternommen, die Bevölkerung des Saargebietes und vor allem die Beamtenschaft in ein Licht zu stellen, als ob das Recht durchaus auf Seiten der Regierungskommission und der französischen Militärbehörde lag. Wie leichtfertig Herr Elbau damals über die Dinge im Saargebiet schrieb, ergibt sich am besten daraus, daß er, ohne auch nur den Versuch gemacht zu haben, mit den Vertretern der Arbeiterschaft Fühlung zu nehmen, begeistert davon sprach, die Regierungskommission für das Saargebiet beabsichtige, aus dem Saargebiet einen Arbeiterstaat zu machen. Herr Elbau hat sich damals nicht die Mühe gegeben, die Bestimmungen des Saarstatuts im Versailler Vertrag nachzuschlagen, um festzustellen, ob diese angeblichen Ziele der Saarregierung sich mit diesen Bestimmungen vereinbaren lassen. Buchstaben und Geist dieser Bestimmungen aber lassen eine derartige sozial- und staatsrechtliche Umgestaltung der Struktur des Saargebietes nicht zu. Herr Elbau aber ließ sich von Herrn Rault seine Pläne entwickeln, in denen natürlich nichts davon enthalten war, daß sie darauf hinauslaufen, das Saargebiet reiflos Frankreich auszuliefern. Und Herr Elbau war über diesen Plan derart entzückt, daß er der Saarregierungsbevölkerung gleichsam die heftigsten Vorwürfe darüber machte, daß sie nicht jubelnd diesem Plan zustimmte, sondern der Regierungskommission und dem französischen Militär durch ihre ablehnende Haltung Anlaß gab, mit dem Ausnahmezustand, mit Massenausweisungen, Verhaftungen und einer regelrechten

Menschenjagd in den Wäldern des Saargebietes gegen die Bevölkerung vorzugehen. Herr Elbau darf versichert sein, daß ihm diese seine Stellungnahme damals im Saargebiet sobald nicht vergessen wird. Es ändert daran auch nichts die Tatsache, daß sein Blatt in späteren Zeiten den Tatsachen Rechnung tragen und von Maßnahmen der Saarregierung Kenntnis nehmen mußte, die nicht gerade mit den Plänen des Herrn Rault auf Schaffung eines Arbeiterstaates vereinbar waren.

Aber selbst wenn alles so wäre, wie Herr Elbau nach seinen damaligen von der Regierungskommission empfangenen Informationen für richtig hielt, dann wäre es die Pflicht eines deutschen Redakteurs gewesen, vor Veröffentlichung seiner Informationen sich mit den führenden politischen Persönlichkeiten des Saargebietes in Verbindung zu setzen, um mit ihnen darüber Rücksprache zu nehmen, ob eine solche Veröffentlichung im Interesse des Saargebietes gelegen sei oder nicht. Aber weit davon entfernt. Herr Elbau hat es damals fertiggebracht, als ihm von den Personen, die Opfer der damaligen Gewaltmaßnahmen der Saarregierung geworden waren, Aufklärung über die wirklichen Verhältnisse und über die Sachlage gegeben wurde, diese Feststellungen mit einer sehr überlegenen Handbewegung abzutun; er hatte sich ja während seines — man beachte dreitägigen — Aufenthalts im Saargebiet hinreichend „unterrichtet“. Andere gewissenhafte Leute brauchen zur Beurteilung der Lage ein mehrwöchiges sorgfames Studium. Ein Redakteur der „Vossischen Zeitung“ aber verschafft sich ein klares Urteil vom Speisewagenfenster aus. Wir glauben es Herrn Elbau ohne weiteres, daß er nie in die Verlegenheit kommen wird, die „Ritterlichkeit“ der französischen Nation in französischen Gefängnissen kennen zu lernen. Wir glauben es ihm um so mehr, als er damals der einzige deutsche Redakteur war, dem es ohne Schwierigkeiten gelang, in das Saargebiet einzureisen. Zahlreiche andere deutsche Redakteure, die entweder zu vorübergehendem, informatorischem Aufenthalt oder zur ständigen Tätigkeit ins Saargebiet gehen wollten, haben dieses Entgegenkommen nicht erlangen können. Ueber die Gründe, die hierbei mitsprechen, soll nichts gesagt werden. Aber Herr Elbau sollte sich dies selbst eingestehen, daß diese Tatsache nicht allein im Saargebiet auffällig vermerkt worden ist.

Man ist versucht, zu fragen, wie es kommt, daß einige deutsche Zeitungen es mit einem beneidenswerten Geschick verstehen, unter der Behauptung angeblicher größter Sachlichkeit die Dinge in den unterdrückten Gebieten gerade so zu sehen, wie es unseren Gegnern angenehm und — wie die Erfahrungen lehren — nützlich ist. In dem oben angeführten Fall hat denn auch die französische Presse und der gesamte französische Propagandadienst von den Ausführungen der „Vossischen Zeitung“ mit Genuß den weitestgehenden Gebrauch gemacht und damit die französische These über „das rein französische Elsaß-Lothringen“ unterstrichen. Weil die Verhältnisse wirklich so liegen? Auch Herr Elbau hat seinerzeit der französischen Presse mit seinen Veröffentlichungen in der „Vossischen Zeitung“ hinreichend Material gegeben, das sie selbst nicht besser herbeischaffen konnte. Man hätte erwarten sollen, daß die deutschen Zeitungen, deren Auslassungen in dem französischen Propagandadienst weiteste Verwertung und Zustimmung finden, sich gefragt hätten, worin diese auffallende Tatsache ihren Grund hat. Das ist nicht der Fall, vielmehr scheint ein Teil dieser Presse, wie jüngstens der Fall Grautoff zeigt, sich einen Sport daraus zu machen, sich lieber „steinigen“ zu lassen, als den Franzosen gegenüber sich weniger — loyal zu erweisen.

Herr Grautoff sagt in seinem fraglichen Artikel selbst, daß er das Elsaß vor dem nicht kannte und auch Herr Elbau dürfte sich im Saargebiet kaum besser auskennen haben. Wie nun, wenn die Urteile dieser beiden Herren, die sie auf Grund ihrer flüchtigen Durchreise in den betreffenden Gebieten erlangt hatten, dennoch falsch wären? Was wäre dann eigentlich die logische Folgerung?

Urteile nach gewissenhafter Prüfung jeder selbst.

Die Verzögerung der Herstellung unserer letzten Nummern des „Saarfreund“ ist auf redaktionelle Schwierigkeiten zurückzuführen. Unsere Freunde wissen, daß wir nicht in der Lage sind, das Gehalt für einen bezahlten Redakteur aufzubringen. Vielmehr wird die Redaktion des „Saarfreund“ von einem ausgewiesenen Saar-Redakteur ehrenamtlich besorgt, der aber in der Urlaubszeit so mit Arbeiten überlastet ist, daß daran der „Saarfreund“ in Mitleidenschaft gezogen wird, was der betreffende Herr ebenso dauert wie der Verlag des „Saarfreund“. Es ist unter diesen Umständen natürlich noch schwerer als sonst, allen Ansprüchen von Mitgliedern, Freunden und Kritikern gerecht zu werden. Die Unregelmäßigkeit in der Herstellung dürfte aus dem angegebenen Grund leider noch einige Zeit anhalten. Wir bitten diese Verzögerungen in der Vergangenheit und Zukunft zu entschuldigen. Das sind Erscheinungen einer Grenzlands-Zeitschrift, die ohne behördliche Unterstützung den Kampf um das bedrohte Saargebiet führen muß. Wir hoffen, daß unsere Freunde unsere Notlage zu würdigen verstehen.

Schriftleitung und Verlag des „Saarfreund“.

Korruption ohne Ende.

Unter der Überschrift „Saarländisch“ veröffentlicht die Saarbrücker Ztg. folgendes Genrebildchen über die himmelstreichenden Zustände, die die einseitige Bevorzugung von Ausländern auf dem Gebiete des Wohnungsrechts hervorgerufen haben:

Saarländisch.

Kennzeichnend für die Verhältnisse auf dem Gebiete unseres saarländischen Wohnungswesens ist eine Verhandlung, die dieser Tage vor dem Saarbrücker Mieteinigungsamt stattfand. Es handelt sich um eine Streitsache der Frau Witwe Kall gegen den früheren Justizdirektor Dr. Carriere. Im Jahre 1919 hatte die französische Militärverwaltung im Hause der Witwe Kall, Allee-Strasse 10, eine vollständig möblierte Wohnung von fünf Zimmern, zwei Mansarden, Küche und Zubehör beschlagnahmt und sie dem Herrn Dr. Carriere zugewiesen. Die Witwe Kall hatte nunmehr bei dem Mieteinigungsamt die Genehmigung zur Kündigung der Wohnung und die Erhöhung des Mietzinses beantragt. Die Angelegenheit ist bereits Gegenstand einer Anfrage im Landesrat gewesen. Die Regierung war um Auskunft ersucht worden, wie es komme, daß für Dr. Carriere, der nicht mehr Beamter der Regierungskommission sein, eine Wohnung beschlagnahmt werde. Der Regierungsvertreter hatte geantwortet, eine Beschlagnahme bestehe nicht und Dr. Carriere habe lediglich auf Grund eines privaten Mietvertrages mit der Hauseigentümerin die Wohnung inne.

In der Sitzung des Mieteinigungsamtes legte nun Dr. Carriere eine vor wenigen Tagen von der Regierungskommission, Zentral-Wohnungskommission, ausgestellte Bescheinigung vor, derzufolge die Beschlagnahme der Wohnung im Kallschen Hause nach wie vor aufrechterhalten ist. Von Seiten des Herrn Dr. Carriere wurde dabei mit voller Offenheit erklärt, daß die Regierungskommission unter keinen Umständen die Beschlagnahme aufhebe und, falls Dr. Carriere die Wohnung aufgeben sollte, an seiner Stelle einen anderen Zwangsmieter einweisen werde. Nach der Regierungserklärung im Landesrat, wonach eine Beschlagnahme nicht mehr besteht, wäre es nun interessant zu wissen, wer dem Herrn Dr. Carriere diese Erklärung ausgestellt hat und ob dieselbe mit Wissen und Genehmigung des für die betr. Abteilung verantwortlichen Mitgliedes der Regierungskommission erteilt worden ist. Der Vorfall ist um so skandalöser, als Dr. Carriere in der Verhandlung zugab, daß er nicht mehr Beamter, sondern in kaufmännischen Unternehmungen beschäftigt sei, daß er eine Wohnung in Paris unterhalte und es unbedingt ablehne, eine ihm von der Frau Witwe Kall zugewiesene gleichwertige Tauchwohnung anzunehmen, weil diese unmöbliert sei und er nicht daran denke, sich Möbel anzuschaffen.

Ohne jeden Zweifel sind die Beschlagnahmen aus der Zeit der französischen Militärverwaltung aufgehoben. Daß insbesondere die Beschlagnahme der Wohnung des Herrn Dr. Carriere nicht mehr besteht, ist noch dazu durch die amtliche Erklärung des Vertreters der Regierungskommission im Landesrat festgestellt. Die von Herrn Dr. Carriere vorgelegte Erklärung ist deshalb objektiv unrichtig. Sollte sie als erneute Beschlagnahme gedacht sein, so wäre sie auch ungesetzlich, denn Dr. Carriere ist, wie von der Regierungskommission wohl kaum in Abrede gestellt wird, Privatperson.

Man darf gespannt sein, ob die Regierungskommission diese Beschlagnahme aufrechterhält und damit den bestehenden gesetzwidrigen Zustand sanktionieren wird. Herr Dr. Carriere schien nach seinen Erklärungen vor dem Mieteinigungsamt der Unterstützung durch die Regierungskommission völlig gewiß zu sein. In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Interesse, daß, wie wir hören, kurz vor der Verhandlung seitens der Regierungskommission bei dem Mieteinigungsamt durch Fernsprecher angefragt wurde, welche Beisitzer des Mieteinigungsamtes mit der Sache befaßt seien.

Der ganze Vorfall ist, wie schon gesagt, äußerst bezeichnend, und die Regierungskommission wird nicht umhin können, auf die Frage eine Antwort zu geben, mit welchem Rechte für eine Privatperson eine Wohnung beschlagnahmt werden kann. Der Fall bedarf dringend der Aufklärung, wenn nicht jedes Rechtsgefühl aufs tiefste erschüttert werden soll. Wenn Herr Carriere sich keine Möbel anschaffen will, kann er sich ja in ein Hotel einmieten und dort ein Appartement von fünf Zimmern bezahlen.

Nachklänge von Leipzig.

In unserer letzten Nummer haben wir im Rahmen des Berichtes über unsere Leipziger Bundestagung einen großen Teil der zu dieser Tagung eingegangenen Begrüßungsschreiben und Telegramme veröffentlicht. Zu unserm Bedauern wurden einige hiervon aus Versehen übergangen, auf deren Bekanntwerden wir jedoch Wert legen. Darunter an erster Stelle das des Herrn Preussischen Innenministers. Wir lassen es daher hier nachträglich folgen:

„Zu meinem Bedauern ist es nicht möglich, einen Vertreter zu der Tagung in Leipzig zu entsenden.

Der Veranstaltung selbst wünsche ich, daß sie ein weiteres Symbol für die Unzertrennlichkeit des Saargebiets vom deutschen Vaterlande sein möge.

Die Abstimmung in Hannover am 18. d. M. hat bewiesen, daß die übergroße Mehrheit der dortigen Bevölkerung nicht in der Zerschlagung, sondern in der Zusammenfassung der Kräfte das Gedeihen für Reich und Staat erblickt. Hannover ist damit dem Beispiel der bewährten Bevölkerung am Rhein und insbesondere an der Saar gefolgt, die unter Zusammenfassung alles Trennenden, der Parteien, der Klassen und der Weltanschauung die deutschen Interessen an die Spitze ihres Handels gestellt hat.

Wenn das gesamte Deutschland in solcher Einmütigkeit zusammensteht, wird der Tag um so sicherer kommen, an dem die Fürsorge von Staat und Reich in voller Freiheit auch unseren Brüdern im Saargebiet wieder zugute kommen wird.

Dieses Ziel zu fördern, soll die Aufgabe der Tagung in Leipzig sein, wozu ich dem „Saarverein“ vollen Erfolg wünsche. gez. Severing.

Ferner erwähnen wir:

„... In deutscher Treue hat die saarländische evangelische Kinderhilfe zahlreichen Hamburger Kindern im Saargebiet Erholung und Stärkung geboten. Tapfer hat die saarländische Bevölkerung alle Not drückender Fremdherrschaft ertragen, unerschüttert in ihrer Treue zum Reich. Möge der Geist, der die Saarländer bisher zu solchen Taten vermocht hat, auch ferner in ihnen lebendig bleiben und sie zum Ausharren stärken, bis sie ihre Freiheit wiedergewonnen haben. Daß dazu auch die 4. Tagung des Bundes „Saar-Verein“ dienen möge ist der Wunsch des Senats.“

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Hamburg. gez. Unterschrift.

„... Möge auch die diesjährige Tagung an ihrem Teile dazu beitragen, den tapferen Geist des Widerstandes, mit dem die Bevölkerung des Saargebiets den schweren Kampf um ihr kulturelles und politisches Deutschtum führt, zu erhalten und zu stärken.

Bremens Bevölkerung nimmt an diesem opferreichen Kampf den innigsten Anteil und wird, wenn es gilt, den treuen deutschen Brüdern an der Saar stets hilfreich zur Seite stehen.“

Der Senat der Freien Stadt Bremen.

Das Anhaltische Staatsministerium schrieb u. a.:

„... Wir möchten jedoch nicht verfehlen, bei dieser Gelegenheit die innige Anteilnahme der anhaltischen Bevölkerung an dem Kampfen und Ringen unserer deutschen Brüder an der Saar und die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums im dortigen Gebiet zu bekunden. ... Möchten die Bestrebungen Ihres Bundes, das entgegen dem ausgesprochenen Willen der Bevölkerung einer fremden Verwaltung unterstellte Saargebiet mit unserem deutschen Vaterlande wieder zu vereinen, von Erfolg gekrönt sein!“

„... Die Bewohner des Saarlandes haben durch ihre Haltung bewiesen, daß das Wort „Deutsch sein“ nicht bloß Schall und Rauch ist, darum haben wir alle die heilige Pflicht, diese Treue zu vergelten und die unter dem Druck des Versailler Diktates schwer leidende und im Kampf um ihr Deutschtum ringende Bevölkerung in jeder Weise zu unterstützen.

Saarland — altes deutsches Kulturland — deutsch für immer!

Medienburgisch-Strelitzches Staatsministerium.

„... Gerade in diesen Tagen, wo das Schicksal unserer Brüder an der Saar, am Rhein und an der Ruhr mehr denn je auf dem Spiele steht, ist ein Zusammenschluß in der Art des Saar-Bereins zweifellos von hoher innerer und äußerer Wirkung....“

Mögen die hochwichtigen Ziele und Bestrebungen des Saar-Vereins bei allen Teilnehmern und darüber hinaus bei unserem ganzen Volke volles Verständnis und lebhafteste Anteilnahme erwecken!

Der Vorsitzende des Brandenburgischen Staatsministeriums.

... Das Oldenburgische Staatsministerium nimmt an den Bestrebungen des Bundes auf Erhaltung und Stärkung des Deutschtums im Saargebiet lebhaftesten Anteil. Die regen nachbarlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem Oldenburgischen Landesteil Birkenfeld geben dem Staatsministerium erhöhten Anlaß, der vaterländischen Tätigkeit des Bundes seine volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Präsident der Deutschen Liga für Völkerbund, Graf J. H. Bernstorff, sagt in seinem Schreiben u. a.:

... In besonderem Maße sind wir an Ihrer Arbeit durch die Tatsache interessiert, daß Ihre Heimat auf schwerste Leiden unter dem Regiment von Vertretern des Völkerbundes, die die ihnen übertragene Vollmacht auf's größtste mißbrauchen. In Ihnen hoffen wir Mitkämpfer zu finden, den wahren Völkerbund, der erst geschaffen werden soll unter deutscher Mitwirkung, und der dann die ihm übertragenen Aufgaben treu und unparteiisch durchführt. Lassen Sie uns zusammen diesen Kampf kämpfen! Er befreit Ihre Heimat von der Tyrannei.

Unter den zahlreichen Telegrammen befindet sich ein Gruß des schwedischen Obersten L. af Petersens, der bekanntlich außerordentlich tätig ist, um die schwedische Öffentlichkeit über das Unrecht an der Saar aufzuklären.

Der Preussische Landtag für die Saarbergleute.

Disziplinarverfahren gegen Saarbündler.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beendete am 21. Juni die Beratung des Haushalts der Bergverwaltung. Auf Anregung des Handelsministers wurde von allen Parteien der Antrag angenommen, 1. die Arbeiter und Angestellten des Saar-Bergbaues in der Wahrung ihrer nationalen Gesinnung mit aller Kraft zu unterstützen, 2. alle Opfer des französischen Terrors im deutschen Bergbau unterzubringen und 3. gegen alle Angehörigen des deutschfeindlichen Saarbundes, die sich im preussischen Staatsdienst befinden, disziplinarisch einzuschreiten.

Dieser Beschluß wird im Saargebiet mit Genugtuung begrüßt werden; ergibt sich doch aus ihm, daß man im Preussischen Handelsministerium die Vorgänge an der Saar aufmerksam verfolgt. Besonders erfreulich ist auch, daß man endlich gegen die Verräter am Deutschtum an der Saar vorgeht, die Charakter- und würdelos genug sind, die französischen Annexionsziele zu unterstützen, sich aber dennoch nicht scheuen, „preussische Pensionen“ pünktlich abzuheben. Es ist ja bekannt, daß der „Grubenbesitzer“ — woher kommen die Gelder? — Reinhardt den „Saarbund“ auf Anweisung des französischen Propagandachefs für das Saargebiet, Richter, ins Leben rief und mit allen Kräften für die Loslösung des Saargebiets in Preußen und Deutschland arbeitet, aber dennoch die Pension, die er als ehemaliger „Agl.-Preussischer Einfahrer“ bezieht, gewissenhaft abhebt, obwohl sie aus einer Preussischen Kasse stammen. Es ist wirklich Zeit, daß dieser Charakterlosigkeit der Reinhardts ein Ende gemacht wird.

Das neue Kraftwerk an der Saar.

Bekanntlich hat die „Kraftversorgung der südlichen Rheinprovinz“ beschlossen, zur billigeren Erzeugung von elektrischem Strom bei Serrig an der Saar ein Kraftwerk zu errichten.

Das Werk soll knapp unterhalb der Serriger Klause errichtet werden, und zwar soll das Turbinen- und Kraftzeugungsgebäude auf die rechte Flussseite zu stehen kommen. Die Saar wird durch die üblichen Stauwehre abgedämmt, so daß am Werk selbst der Wasserspiegel der Saar um 10 Meter auf etwa 11,7 Meter gehoben wird. Die bis Saarbölsbach reichende Staulänge beträgt 10,5 Kilometer. Der Flächenpiegel des Stausees umfaßt im ganzen 1,02 Quadratkilometer, sein Inhalt 5 Millionen Kubikmeter. Die Saar wird am Kraftwerk eine Spiegelbreite von 200 Meter haben. Durch die Anstauung werden 22 Hektar Acker, 9 Hektar Weide und 11 Hektar Wald, zusammen 42 Hektar Land überflutet werden. Da Kreisstraße und Eisenbahn dicht am Ufer der Saar entlangführen, werden Teile von ihnen in das Ueberschwemmungsgebiet einbezogen. Deshalb muß die Eisenbahn bis zur Mitte

der Hammer-Schleife auf eine Strecke von 2,8 Kilometer bis zu 1,25 Meter gehoben werden, während die Uferstraße auf 6 Kilometer zu verlegen bzw. teilweise bis 5 Meter aufzuheben sein würde. Die Bodenbewegung für die ganze Anlage umfaßt 150 000 Kubikmeter Erde, das Stauwerk 30 000 Kubikmeter, 600 Tonnen Eisen werden benötigt.

Das Wehr, das die Saar in ihrer ganzen Breite absperrt, erhält zwei Öffnungen von je 20 Meter Breite, die bei sehr starkem Hochwasser geöffnet werden können, während sie sonst geschlossen sind. Das Werk nimmt auch Rücksicht auf eine etwa kommende Saar- und Moselkanalisierung. Daher ist am linken Ufer beim Wehr eine Schleuse vorgesehen, durch die 300-Tonnen große Saarschiffe geschleift werden können. Diese Schleuse ist 40,80 Meter lang, 6,00 Meter breit und 2 Meter tief. Sollte später einmal die Mosel kanalisiert werden, muß die Möglichkeit vorhanden sein, daß auch größere Schiffe solche von 200 Tonnen die Saar befahren. Daher ist vorgesehen, daß die Abbruchmauer unmittelbar neben dem Kraftwerk durchbrochen werden kann. In die Öffnung soll dann eine Schleuse für 1500 Tonnen große Schiffe eingebaut werden. Diese Schleuse wird 110 Meter lang, 12 Meter breit sein bei einer Wassertiefe von 3 Metern.

Das Kraftwerk soll zunächst drei, später vielleicht auch vier Turbinen erhalten. Die drei Turbinen verschlucken in der Sekunde zusammen 120 Kubikmeter Wasser, was einer Leistung von 8000 Kilowatt die Stunde oder 33 Millionen Kilowatt elektrischer Kraft im Jahr im Mittel entspricht. Vom Kraftwerk führen die Leitungen in ein in der Nähe zu errichtendes Transformatorhaus, wo die elektrische Spannung hochtransformiert wird, um auf weitere Entfernungen übertragen werden zu können, da es sich um die Versorgung weiterer Gebiete bis Koblenz und Mainz handelt. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, das Stromnetz des Werkes an das des Rhein-Ruhrgebiets anzuschließen.

Die Baukosten für das Kraftwerk nebst Stauwehr, Schleusen, Eisenbahn-Weg usw. betragen 4 Millionen, für die Fernleitungen ebenfalls 4 Millionen, zusammen 8 Millionen Goldmark.

Die Bauzeit ist auf 2 bis 2½ Jahre berechnet; während dieser Zeit können 300—400 Arbeiter lohnende Beschäftigung finden beim Ausroden von Wald, Höherlegung der Eisenbahn und der Kreisstraße, beim Bau des Werkes usw. Wenn die Konzession bald erteilt wird, hofft man die vorbereitenden Arbeiten noch im kommenden Winter beginnen zu können. Ueber die Frage, wer das Werk bauen soll, ist eine Einigung noch nicht erzielt.

Die Gemeinden Hamm und Serrig, deren Acker- und Wiesenland überschwemmt wird, sollen von der „Kraftversorgung für die südliche Rheinprovinz“ nach folgendem Plan entschädigt werden: Den beiden Gemeinden soll für das abzutrende Land an anderen Stellen Gelände übereignet werden, das auf Kosten der Kraftversorgung gerodet und kultiviert werden soll.

Soweit man bei der erstmaligen Prüfung des Planes erkennen kann, handelt es sich, wie auch die „Rhein. Landesztg.“ folgert, um eine Anlage, die an sich verwirklicht zu werden verdient. Werden doch nach Verwertung der elektrischen Kraft jährlich an 40 000 Tonnen Kohlen erspart. Ein billigerer elektrischer Strom kann unserer Industrie und dem Gewerbe nur von Vorteil sein; er wird dazu beitragen, beide konkurrenzfähiger zu machen.

Kleine Tageschronik.

Das Kinderhilfswerk des Saargebiets. Das vom Pfarrer Limberg-Saarbrücken ins Leben gerufene Hilfswerk des Saargebietes für die hungernden deutschen Kinder hat zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Insgesamt haben 2600 Kinder aus Berlin, Hamburg, Kassel, Hannover und aus den Rheinlanden im Saargebiet eine überaus herzliche achtwöchige Gastfreundschaft genossen. Die Kinder sind von ihren Pflegeeltern zu 75 v. H. neu eingekleidet worden. Viele von ihnen haben 8—10 Pfund zugenommen. Die Opferfreudigkeit der Saarbevölkerung wird um so höher zu bewerten sein, wenn man in Betracht zieht, daß die wirtschaftliche Lage des Saargebiets in den letzten Monaten infolge der Instabilität der Frankenwährung eine außerordentliche Schwächung erfahren hat. Das Hilfswerk für Deutschland soll im Herbst d. J. wieder aufgenommen werden.

Welchen tiefen Eindruck dieses Kinderhilfswerk hinterlassen und welche dankbaren Gefühle es ausgelöst hat, ergibt sich aus dem folgenden Brief, der aus Karlsruhe bei Pfarrer Limberg, dem Leiter des Jugend- und Wohlfahrtsamtes Saarbrücken, einlief:

Sehr geehrter Herr Pfarrer!

Durch das evangelische Jugend- und Wohlfahrtsamt in Saarbrücken ist es uns möglich geworden, aus unserer Stadt 360 Kinder, die durch die wirtschaftliche Notlage in ihrem körperlichen und geistigen Fortkommen gehemmt sind, in verschiedenen Gemeinden des Saargebiets in Erholung zu bringen. Wie wir vernommen haben, sind alle Kinder vortrefflich untergebracht, wurden außerordentlich gut gepflegt und zum Teil

sogar gekleidet. Für diese weitgehende Unterstützung sprechen wir Ihnen, sehr geehrter Herr Pfarrer, unsern tiefgefühlten Dank aus und bitten Sie, auch Ihren Beamten und Beamtinnen sowie den Herren Geistlichen und den Gemeinden in unserm Namen den wärmsten Dank zu übermitteln.

Gott segne dieses tatkräftige Christentum des Saargebietes! Wie wir heute unserer dort untergebrachten Kinder gedenken, so werden auch in Zukunft unsere Gedanken mit den Gemeinden an der Saar in Dankbarkeit und Treue verbunden sein.

Der badische evangelische Oberkirchenrat.

Der Oberbürgermeister von Karlsruhe.

Der evangelische Kirchengemeinderat Karlsruhe.

Ein englischer Konsul für das Saargebiet.

Der englische Unterstaatssekretär Bonsonby teilte auf eine Anfrage mit, daß die Frage der Ernennung eines englischen Konsuls für das Saargebiet erwogen werde.

Neue Uniform. Am 1. Oktober dieses Jahres erhalten die Eisenbahnbeamten des Saargebietes neue Uniformen nach französischem Schnitt, also recht unvorteilhaft. Die bisherigen militärisch zugeschnittenen Uniformstücke dürfen nur noch bis zum 1. April 1925 getragen werden, dann müssen sie von der Bildfläche verschwinden. Manah stattdessen Beamter der Eisenbahn, den seine jetzige Uniform so gut kleidet, wird dieselbe mit Trauer ablegen und die verweschte nur mit Mißbehagen und Aerger anziehen. Auch die Postbeamten sollen in ihrer Kleidung verwescht werden. Man sollte die alte blaupreußische Uniform aber vor Motten hüten, und gut aufbewahren, denn es kommt die Zeit, da sie wieder getragen wird.

Ottenshausen. Der Schlosser Felten von hier, der an dem Kraft- und Wasserwerk der Grube Lufenthal beschäftigt ist, verunglückte auf seiner Arbeitsstelle tödlich, indem er von den großen Kraftmaschinen buchstäblich in zwei Hälften gerissen wurde.

Dubweiler. Montags starb hier die Ehefrau des pensionierten Bergmanns Matth. Hager. Am Mittwoch besorgte letzterer noch die üblichen Geschäfte. In der Wohnung angelangt, legte er sich zur Ruhe nieder, erlitt dabei einen Schlaganfall und folgte so seiner Gattin gleich in die Ewigkeit. Freitags wurden dann beide gemeinsam zur ewigen Ruhe gebettet.

Neunkirchen. Als Kopfblatt der „Volksstimme“ erscheint seit wenigen Wochen hier das „Neunkircher Echo“.

Frauleutern. Zu dem glühenden Unglück, hervorgerufen durch Explosion einer Handgranate auf dem Exerzierplatz, wird noch folgendes gemeldet: Es ist nicht das erste Mal, daß auf dem Exerzierplatz ein derartiges Ding liegen geblieben ist. Es wurden sogar schon Handgranaten in größerer Anzahl auf dem Exerzierplatz gefunden, und es ist nur zu verwundern, daß nicht schon früher ein ähnliches oder noch weit schwereres Unglück sich ereignete. In der Bevölkerung herrscht nur eine Stimme des Unwillens über die Leichtfertigkeit, mit der hier mit lebensgefährlichen Gegenständen umgegangen wird, und man erwartet von der Regierungskommission, der die Wohlfahrt der Saargebietsbewohner anvertraut ist, daß sie alle Schritte unternimmt, um die Bevölkerung gegen Gefährdung der persönlichen Sicherheit durch das französische Militär zu schützen.

Die feierliche Enthüllung des Kriegerdenkmals der Gemeinde Frauleutern fand am 1. Juni unter gewaltigem Andrang der Bürgerschaft statt. Die Einweihungsfeier vollzog sich in ernster, würdiger Weise. Als das alte, ergreifende Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ von allen Festteilnehmern gesungen wurde, entblöhten sich die Häupter der tausendköpfigen Menschenmenge in Rückerinnerung an all' die Leiden der Kriegs- und Nachkriegszeit. Stumm haben es sich alle wieder geschworen und sie werden es halten: Hier, wo alter deutscher Geist — Ueber unseren Heimatgauen — Wie der Adler mächtig freist — werden alle, alle... — Wieder alle an der deutschen Zukunft bauen!

Personalnachrichten.

Landrat v. Salmuth f. Am 5. Juni d. J. erlag der Landrat des Landkreises Hagen, v. Salmuth, einem Gehirnschlag. Der Verstorbene war früher Polizeiasessor und längere Zeit stellvertretender Polizeidirektor von Saarbrücken. Er erfreute sich nicht nur in Saarbrücken, sondern im ganzen Saargebiet weitester Beliebtheit. Sein aufrechter, treudeutscher Charakter war selbstverständlich den Franzosen und ihren vaterlandsverräterischen Handlungen zuwider, so daß es nicht verwunderlich ist, daß er bereits im Jahre 1919 der französischen Ausweisungsbrutalität zum Opfer fiel. Herr Dörffert, der „getreue“ Diener des Herrn Adler, konnte über die Vorgeschichte dieser Ausweisung und so mancher andern manches erzählen. Jedenfalls hat aber Herr v. Salmuth dem Saargebiet auch in seinem neuen Wirkungskreis treues Andenken bewahrt. Wir sind gewiß, daß ihm auch das Saargebiet gleiches Treugedenken über sein Grub hinaus hält.

Von der Eisenbahn. Bestandene Prüfungen: Die Prüfung zum Eisenbahnsekretär haben bestanden: E.-A. Aug. Lenz bei

der G. A. Dillingen, E.-A. Peter Schleimer bei der B. R. Saarbrücken, E.-A. Martin Meyers beim Personaltarifbüro, E.-B.-A. Franz Steuer beim Personaltarifbüro, E.-A. H. Ruhmann beim Wohlfahrtsbüro, E.-B.-A. A. Bohnenberger beim Reklamationsbüro. Die Prüfung zum Eisenbahnassistenten haben bestanden: E.-B.-A. Schneider, Bender, Käufer in Saarbrücken, Schmitz in Böllingen, Speicher, Feder- spiel in Dillingen, Mahenbacher in Neunkirchen und Mohr in Brieseld. Die Prüfung zum Eisenbahnassistenten im Zollabfertigungsdienst haben bestanden: die Zollaushelfer Wagner Josef und Gleiser in Merzig, Scherer in Biersbach, Fichter, Ripp, Wagner Otto, Stein, Bindjad, Glossi, Hamm, Gedeis und Münch in Homburg, Grosse in Saarbrücken.

Herr Rabbiner Dr. Alexander von der Saarbrücker Synagogengemeinde schied nach fast dreijähriger Wirksamkeit aus seinem Saarbrücker Amte, um einem ehrenvollen Rufe an eine Berliner Gemeinde Folge zu leisten. Er erfreute sich nicht allein in seiner Gemeinde, sondern auch in weiteren Kreisen der übrigen Bürgerschaft wegen seiner vornehmen Gesinnung allgemeiner Hochachtung.

Auf eine 30jährige Dienstzeit als Hallen- und Wiegemeister konnte der Oberhallenmeister Birkenbeul vom St. Johanner Schlachthof zurückblicken. Der Jubilar hat es in der langen Dauer seiner Dienstzeit durch sein jederzeit freundliches, entgegenkommendes Benehmen, verbunden mit peinlichster Gewissenhaftigkeit in der Ausführung seiner Dienstpflicht verstanden, den dienstlichen Verkehr mit ihm zu einem angenehmen und reibungslosen zu gestalten und sich die Achtung aller mit ihm in Berührung kommenden Geschäftsleute zu erwerben. — Sein 25jähriges Berufsjubiläum auf dem Gußstahlwerk im Stadtteil Burbach feierte der Platzmeister Johann Fuchs. — Für 25jährige Dienstzeit bei der pfälzischen Pilschfeuerwehr wurde der Branddirektor Gaffga in Frankenthal, Vertreter des Bezirks Homburg, vom bayerischen Staatsministerium des Innern mit der blauen und silbernen Medaille am weißblauen Bande ausgezeichnet.

Superintendent i. R. Adolf Zillesen vollendete in körperlicher Rüstigkeit und großer geistiger Frische das 94. Lebensjahr.

Promotion. Magna cum laude promovierte an der Universität Frankfurt zum Dr. chem. Julius Hausen aus Saarlouis.

Die diamantene Hochzeit konnten am 4. d. M. die Eheleute Ley-Massonne aus Saarlouis 2 feiern. — Ihr goldenes Ehejubiläum feierten in Rukhütte in voller geistiger und körperlicher Frische die Eheleute Pensionär Johann Uwer und Elisabeth, geb. Ribder. Von 11 Kindern des Jubelpaares sind noch fünf am Leben, denen wieder etwa 30 Enkel und drei Urenkel entsprossen sind. — Ferner konnten die goldene Hochzeit feiern die Eheleute Mehgermeister Friedrich Leibenguth in Elversberg und die Eheleute Woll-Ruhn zu Gennweiler. — Das silberne Ehejubiläum konnte Justitiar Dr. Krukenmeyer, der frühere Chefredakteur der „Saarbr. Volkszeitung“, und Frau Emmy geb. Feldhuß begehen.

Die Saarfrage auf den Deutschtagungen.

Auf der 5. Tagung des Deutschen Schutzbundes in Graz in Oesterreich, über welche die Tagespresse eingehend berichtete, kamen am 5. Juni in einer Sondersitzung auch die Westfragen zur Besprechung durch eingehende Vorträge von Persönlichkeiten, die als Heimatskandidaten die Verhältnisse genau kennen und in fesselnder Weise zu schildern verstanden. Für Elsaß und für Lothringen sprachen zwei Redner, für das Rheinland, für die Ruhr und für die Pfalz usw. besondere Redner. Ueber die Saarfrage sprach Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin. In seiner Einleitung betonte er, daß es gerade die Ausgewiesenen seien, die nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hätten, wo immer sich auch nur Gelegenheit biete, über die Saarfrage zu sprechen und auf den schweren Kampf, den die treudeutsche Saarbevölkerung um die Deutscherhaltung dieses kerndeutschen Landes führe, hinzuweisen. Im Saargebiet wird es besonders schmerzlich empfunden, daß man im nichtbesetzten deutschen Mutterlande so wenig Interesse für die durch das Friedensdiktat von Versailles geschaffenen Verhältnisse an der Saar bekundet. Wenn es darin etwas besser geworden sei, so sei das nicht zuletzt des Verdienstes des Bundes „Saar-Verein“. Eine Tagung des Deutschen Schutzbundes, dem der Bund „Saar-Verein“ seit seiner Gründung als Mitglied angehöre, dürfe nicht stattfinden, ohne daß auch über das Saargebiet berichtet werde. In der Krone in Ahmannshausen habe vor einiger Zeit ein junger Student goldene Worte in das Fremdenbuch eingetragen, die ein Loblied für die Saarbevölkerung bedeuten und wie folgt lauten:

Singe, o Sänger, das Loblied der Saar,
Ihr Land, ihre Menschen sind unwandelbar!
Sie halten in Treue am Vaterland fest;
Mag brausen der Sturm von Ost oder West.*

In der Tat gäbe es im ganzen deutschen Vaterlande kein Volk, das die Treue so zu halten verstehe, wie es die Saarbevölkerung tue, und es dürfe dem verstorbenen Außenminister Rathenau niemals vergessen werden, daß er in seiner letzten Reichstagsrede die Haltung des deutschen Saarpvolkes dem ganzen deutschen Volk als Vorbild deutscher Einigkeit und deutscher Einmütigkeit hingestellt habe. Politisch, wirtschaftlich und kulturell seien die Verhältnisse im Saargebiet äußerst schwierig gelagert, weil sämtliche Kohlengruben mit dem einzigen Reichtum des Saargebiets, der Steinkohle, auf die Dauer von 15 Jahren in den Besitz Frankreichs ohne jegliche Schuld und Last übergegangen seien. Damit sei der Lebensnerv deutschen Wirtschaftslebens an der Saar geradezu durchschnitten. Als Besitzerin sämtlicher preussischen und bayerischen Kohlengruben sei Frankreich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete, sondern auch politisch und kulturell Beherrscherin des gesamten Lebens an der Saar. Dazu komme, daß dieses urdeutsche Land, dessen tausendjährige Geschichte immer preussisch und deutsch gewesen ist, dem Völkerbund auf dieselbe Dauer unterstellt worden sei, welcher als Treuhänder diese fünfjährige Saarregierungskommission bestimmt habe, die ausschließlich unter französischem Einflusse mit einem französischen Präsidenten an der Spitze stehe und die es bis jetzt in offensichtlicher Weise als ihre Hauptaufgabe betrachtet habe, die Französisierungsbestrebungen mit allen Mitteln zu begünstigen und zu fördern. Was im Saargebiet sich vollziehe, ist nichts weiter als eine verschleierte Annexion, nachdem die unmittelbare Annexion während der Friedensverhandlungen im Juni 1919 fehlgeschlagen ist. Es sei unerklärlich und unverständlich, wie der Völkerbund einen derartig gemeinen Betrug ruhig hinnehme. Die ganze Geschichte des Saargebiets zeige uns eine von vaterländischer Begeisterung tief durchdrungene echte deutsche Bevölkerung, welche ihre vaterländische Treue in all den Kriegsjahren, besonders aber 1870/71, in den Augusttagen der Schlacht von Spichern und auch im großen Weltkriege in geradezu vorbildlicher Weise dargetan habe. In anschaulicher Weise und in heißer Liebe schilderte er seine Saarheimat, die er mit Recht als ein Kleinod landschaftlicher Reize bezeichnete. Die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets hob er durch eine eingehende Schilderung des Steinkohlenbergbaues und der mit ihm eng verbundenen Eisenhütten-, Glashütten-, keramischen Industrie usw. hervor. Wie die Natur dieses herrliche Land mit Schönheiten und Reichtum ausgezeichnet habe, so werde es bewohnt von einer Bevölkerung, die stolz und treu mit jeder Faser des Herzens an der Heimat hängt, von fast hunderttausend Berg- und Hüttenarbeitern untervermischt, rein von jedem Fremdenblut, fleißig, brav und treudeutsch. Gerade die Arbeiterschaft an der Saar sei es, die im Ausharren und Aushalten vorbildlich dastehen; vorbildlich seien aber auch in Einigkeit und Einmütigkeit alle politischen Parteien, alle Konfessionen und die gesamte Presse, die in stummem Kampfe zusammenstehen, während Tag und Nacht das Ringen um die Friedenserhaltung des Saargebiets weitergehe. Was das bedeute, könne nur der ermessen, welcher all die seelischen Bedrückungen kenne, die die Bestimmungen des Versailler Diktats für die Saarbevölkerung mit sich gebracht hätten. Er schilderte in eingehender Weise das systematische Vorgehen der Franzosen, kennzeichnete die Brutalität der ungeheuerlichen Ausweisungsmassnahmen, der gerichtlichen Bestrafungen usw., um dann ein klares Bild zu geben von dem schweren Kampfe, den das Saargebiet mit der unter französischem Einflusse stehenden Saarregierungskommission zu führen habe. Dem von französischer Seite formulierten Text der Friedensbestimmungen über das Saarbecken entwürfen die Bedrückungen, Rechtlosigkeit, Vergewaltigung und Elend der Saarbevölkerung, die heute mehr denn je ihre Notsschreie in die Welt und ihren Hilferuf an den Völkerbund richtet, für welch letzteren das Saargebiet in der Tat der Prüfstein des hohen Gedankens der Völkerversöhnung sein müßte, wenn man es wirklich ehrlich damit meine. Die französische Schulpolitik sei trotz der deutschen Gesinnung der Saarbevölkerung eine sehr große Gefahr, die man nicht unterschätzen dürfe. Erfreulich sei die gute Haltung der Bevölkerung, besonders aber die Einigkeit der politischen Parteien, und wenn man bei den Abordnungen, die von der Bevölkerung immer und immer wieder zur Wahrnehmung ihrer Rechte nach Genf geschickt werden, neben dem Großindustriellen Kommerzienrat Dr. Hermann Röbling den sozialdemokratischen Arbeiterführer Valentin Schäfer und den der Zentrumsparlei angehörigen Rechtsanwalt Levaucher sehe, so sei das ein Beweis dafür, daß man im Saargebiet von echtem nationalen Empfinden getragen in erster Linie dahin eingestellt sei, das Vaterland über alles zu stellen, das Vaterland, das jeder Saarländer von ganzem Herzen liebe. In den Versammlungen, in der Presse, im Landesrat und allüberall, wo sich Gelegenheit biete, gebe die Saarbevölkerung immer und immer

wieder ihrer inneren Gesinnung Ausdruck, wohn ihr Herz gebiet: zu Deutschland! Das Diktat von Versailles sei aufgebaut auf der angeblichen deutschen Schuld im Weltkriege. Sie sei die Grundlage, auf der die Ententemächte das vernichtende Vorgehen gegen Deutschland seit 1918 aufbauen. Diese Kriegsschuld läge sei eine wider besseres Wissen in aller Welt verbreitete Verleumdung des ganzen deutschen Volkes, und der Kampf gegen diese Kriegsschuld läge sei daher eine Lebensfrage für Deutschland, für jeden Deutschen, ganz besonders aber für unser deutsches Saargebiet. Ohne Klärung der Schuldfrage sei keine Aussicht auf Wiederherstellung deutscher Ehre, deutschen Ansehens und deutscher Gleichberechtigung in der Welt. Das, was Frankreich mehr als fünf Jahre lang an Brutalitäten, an Gemeinheiten, an Schustereien, an Plünderungen, an Morden usw. dem deutschen Volke angetan habe, könne nicht so ohne weiteres aus dem Herzen der Saarbevölkerung ausgelöscht werden. Das, was Frankreich bisher gelät an Rhein, Ruhr, Saar und in der Pfalz, werde keine Früchte tragen. Aber erst, wenn wir wirklich einig sind und selbstbewusstes nationales Empfinden in alle Schichten unseres Volkes wiederkehrt, erst dann wird unser Aufstieg beginnen können. Vorbildlich für diese unbedingt notwendige Einigkeit sei die Haltung der Bevölkerung an der Saar, die in fünfjährigen Kampf der Welt durch die Tat bewies: „Deutsch ist die Saar und wird es ewig bleiben.“

★

Auf der Hauptversammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, welche zu Pfingsten in Hannover-Münden tagte, hielt am 13. Juni der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel, in der Aula des Gymnasiums einen Vortrag über Rhein, Ruhr, Saar und Pfalz, in welchem er in eingehender Weise eine lebhafteste Schilderung der durch das Friedensdiktat von Versailles, besonders durch das Vorgehen der Franzosen, geschaffenen Verhältnisse gab. Im Eingang seines Vortrages wies er darauf hin, daß alle Not, aller Zerfall, all die seelische und körperliche Bitternis ihre tiefste Ursache in dem aller Menschlichkeit und allem Rechts empfinden Hohn sprechenden Diktat von Versailles habe. Dieses Diktat sei unter Bruch des im Herbst 1918 amtlich und feierlich von dem Feind gegebenen Versprechens eines wahren und gerechten Friedens aufgezwungen worden, aufgezwungen unter Androhung der Fortsetzung des Krieges und der grausamen Hungerblockade gegen Frauen, Kinder, Greise, Kranke und Schwache. Das Diktat von Versailles sei aber aufgebaut auf der angeblichen deutschen Alleinschuld am Weltkriege.

Er gab in seinen weiteren Ausführungen zunächst ein anschauliches Bild von den Verhältnissen im Saargebiet seit der Besetzung und schilderte dann die Besetzung der übrigen rheinischen Gebiete und den Einfall ins Ruhrgebiet. Er bezeichnete das, was sich seit über fünf Jahren in den Rheinlanden ereignet, als den Ausfluß erbärmlicher französischer Feigheit und bösen Gewissens. Den Umfang und die Schwere der Fremdherrschaft wies er in erschütternder Weise zahlenmäßig nach, desgleichen die unerträglichen Besatzungskosten. Besondere Ausführungen widmete er dem Kapitel der in französischen und belgischen Gefängnissen untergebrachten deutschen Gefangenen. Zu den Bedrückungen, denen der deutsche Westen besonders durch die Franzosen und Belgier ausgesetzt sei, sei nun noch eine neue Geißel gekommen, jene bekannte separatistische Bewegung in den Rheinlanden und die sogenannten Saarbündler im Saargebiet. Auch hier sei es bezeichnend, daß Frankreich in den Dienst der Loslösungsbestrebungen Lumpen, Verräter, Zuchthäuser, kurz und gut alles Gefindel zu stellen wisse, von dem es für seine erbärmlichen Absichten sich Erfolge verspreche. Trotz allem stehe die Bevölkerung an Rhein, Ruhr, Saar und in der Pfalz in stummem Kampfe festgeschlossen zusammen, den Tag erwartend, an dem die Sklavenketten fallen. In der Schmiebe des Leides habe sich der Mut und die Kraft gestählt, allen Französisierungs- und Loslösungsbestrebungen gegenüber stehe die Bevölkerung unnahbar. Im besetzten Gebiet kenne man nur eins, liebe man nur eins: das Vaterland, Deutschland! Mögen die Stürme noch so brausen, das eine sei gewiß, daß der Rhein Deutschlands Strom bleibe und das Saargebiet, wie es immer war, ferndeutsches Land. Mit einem warmen Appell zur Einigkeit und Einmütigkeit konnte Verwaltungsdirektor Vogel seinen interessanten Vortrag schließen.

Briefkasten.

B. in S. 10.— Frs. erhalten.

Tapexier- u. Dekorationsgeschäft

Neuanfertigung von Dekorationen und Polstermöbeln

Richard Haase

Berlin SO. 36, Rauscher Platz 10

Gebürtiger Saarbrücker

Für die Schriftleitung verantwortlich: R. Ommert, Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftverlag Berlin SW. 11.